

ifo Dresden berichtet

Aktueller Kommentar

- *Joachim Ragnitz*
Messung von Armut: Aufgepasst! –
Ein Kommentar zum „Armutbericht 2011“
des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*
Konjunkturprognose 2012: Deutsche Wirtschaft
von Schuldenkrise ausgebremst
- *Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann*
Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen
2011/2012: Europäische Schuldenkrise lähmt
gesamtwirtschaftliche Expansion
- *Michael Kloß, Robert Lehmann,
Joachim Ragnitz und Gerhard Untiedt*
Gesamtwirtschaftliche Effekte verminderter Transfer-
zahlungen für die ostdeutschen Bundesländer

Im Blickpunkt

- *Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und
Christian Thater*
Aktualisierte Einnahmeprojektion für den Freistaat
Sachsen – Gute Konjunktur bremst Einnahmerückgang

19. Jahrgang (2012)

Herausgeber: ifo Institut, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 1/2012

Aktueller Kommentar

Messung von Armut: Aufgepasst! – Ein Kommentar zum „Armutbericht 2011“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

3

Joachim Ragnitz

Aktuelle Forschungsergebnisse

Konjunkturprognose 2012: Deutsche Wirtschaft von Schuldenkrise ausgebrems

4

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

In Deutschland ist das Bruttoinlandsprodukt bis zuletzt deutlich gestiegen. Frühindikatoren zeigen jedoch an, dass der deutschen Konjunktur ein Abschwung bevorsteht. Maßgeblich hierfür sind die sich abschwächende Weltwirtschaft und die europäische Schuldenkrise. Unter der Annahme, dass sich die Eurokrise nicht weiter verschärft und sich insbesondere Italien weiter am Markt finanzieren kann, dürfte eine Rezession in Deutschland vermieden werden. Dennoch wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2012 voraussichtlich nur um 0,4 % zunehmen. Es ist daher zu erwarten, dass sich der Beschäftigungsaufbau deutlich verlangsamt. Gestützt von demographischen Faktoren dürfte die Arbeitslosenzahl aber noch um 140.000 zurückgehen.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2011/2012: Europäische Schuldenkrise lähmt gesamtwirtschaftliche Expansion

11

Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist nach ersten Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES im Jahr 2011 preisbereinigt um 3,0 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die ostdeutschen Bundesländer partizipieren ebenfalls an diesem gesamtwirtschaftlichen Aufschwung. Nach der jüngst vorgestellten Konjunkturprognose des IFO INSTITUTS ist die gesamtwirtschaftliche Leistung in Ostdeutschland (inkl. Berlin) im Jahr 2011 um 2,5 % gewachsen; im laufenden Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um schätzungsweise 0,5 % expandieren. Im Freistaat Sachsen dürfte das Bruttoinlandsprodukt im abgelaufenen Jahr mit 2,7 % etwas stärker gestiegen sein als im Durchschnitt der ostdeutschen Länder insgesamt. Für 2012 wird jedoch infolge der stärkeren Konjunkturabhängigkeit der sächsischen Wirtschaft mit einem geringfügig schwächeren Wachstum (0,4 %) gerechnet. Ein Abgleiten in eine Rezession wird dabei aber nicht erwartet. Der Arbeitsmarkt in Sachsen und Ostdeutschland dürfte im vergangenen Jahr vom Aufschwung profitiert haben. Für das Jahr 2012 wird davon ausgegangen, dass sich die Zahl der Erwerbstätigen auf hohem Niveau stabilisiert.

Gesamtwirtschaftliche Effekte verminderter Transferzahlungen für die ostdeutschen Bundesländer

21

Michael Kloß, Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Gerhard Untiedt

Die regionale Wirtschaftskraft, gemessen als Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftstandards, dürfte aller Voraussicht nach auch in der kommenden EU-Strukturfondsperiode 2014–2020 als Kriterium für die Vergabe des Förderstatus dienen. Tatsächlich dürfte dieser Indikator aber die Wirtschaftskraft in den ostdeutschen Regionen überzeichnen, da diese in hohem Maße von Transferzahlungen abhängig sind. Die Frage, inwieweit eine Kürzung der Ausgleichszahlungen zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Bundesländer führt, kann mit Hilfe eines makroökonomischen Simulationsmodells beantwortet werden. Rechnungen mit Hilfe des HERMIN-Modells zeigen, dass das

Bruttoinlandsprodukt gegenüber einem Szenario ohne Rückführungen der Transferleistungen um bis zu 2 % niedriger liegen dürfte. Der Grenzwert für die Abgrenzung der Strukturfonds-Förderregionen wird damit jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht unterschritten werden.

Im Blickpunkt

Aktualisierte Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen – Gute Konjunktur bremst Einnahmerückgang **29**

Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater

Die öffentlichen Haushalte haben zuletzt von der guten konjunkturellen Entwicklung der Jahre 2010 und 2011 profitieren können. Für den Freistaat Sachsen muss jedoch langfristig weiterhin von sinkenden Einnahmen ausgegangen werden. Aus diesem Grund diskutiert der vorliegende Artikel die aktuellen Entwicklungen der Einnahmesituation Sachsens. In den Prognoseszenarien zeigt sich, dass ein stärkeres Wirtschaftswachstum bzw. höheres Steueraufkommen auch weiterhin den Einnahmerückgang zwar teilweise kompensieren, jedoch nicht vollständig abfangen können wird.

Daten und Prognosen

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2011 **32**

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich **34**

Merkliche Abkühlung des ifo Geschäftsklimas zu Jahresbeginn 2012 **36**

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen **40**

ifo Vorträge **41**

ifo Veröffentlichungen **42**

ifo intern **42**

Messung von Armut: Aufgepasst! – Ein Kommentar zum „Armutbericht 2011“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Joachim Ragnitz*

Kurz vor dem Jahreswechsel erschreckte der PARITÄTISCHE WOHLFAHRTSVERBAND die Öffentlichkeit mit dem Befund, dass trotz der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung die Armut in Deutschland auf unverändert hohem Niveau verharre. Zwischen 2005 und 2010 habe die sogenannte Armutsgefährdungsquote nicht nur nicht abgenommen, sondern sei in einigen Regionen sogar überproportional angestiegen. Insbesondere die Ruhrgebietsstädte stächen hier hervor; dort sei die Armutsgefährdungsquote im genannten Zeitraum teilweise um mehr als 25 % angestiegen. Angesichts dieser Tendenzen warnte der Hauptgeschäftsführer des Verbands sogar vor armutsbedingten Unruhen, die zu gesellschaftlichen Instabilitäten führen könnten.

Kaum jemand hat sich die Mühe gemacht, einmal genauer nachzuhaken, was hier eigentlich gemessen wird. Zunächst einmal geht es lediglich um die „relative Armut“: Als arm gilt nach gängiger Definition, wessen laufendes verfügbares Einkommen bei weniger als 60% des durchschnittlichen Einkommens (gemessen am gesamtdeutschen Median-Einkommen) liegt. Schon das allein erklärt, weshalb im Konjunkturaufschwung die Armut nicht zurückgeht: Wenn alle Einkommen um einen bestimmten Prozentsatz steigen, erhöht sich auch der Durchschnittswert entsprechend, die Armutsgefährdungsquote bleibt unverändert. Die vom PARITÄTISCHEN WOHLFAHRTSVERBAND geschürte Empörung darüber, dass der Aufschwung bei den Geringverdienern in unserer Gesellschaft nicht ankomme, ist insoweit nichts weiter als ein Ergebnis des statistischen Konstrukts dieses Indikators.

Ob sich die Armut in Deutschland tatsächlich verhärtet hat, lässt sich hingegen nur feststellen, indem die relative Einkommensposition einer bestimmten Person über die Zeit hinweg betrachtet wird. Entsprechende Analysen hat der SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG in seinem letzten Jahresgutachten vorgelegt. Auch wenn diese Untersuchung hinsichtlich Datenquellen und Armutsabgrenzung nicht uneingeschränkt mit dem Armutsbericht des PARITÄTISCHEN WOHLFAHRTSVERBANDS vergleichbar ist, so zeigt sich doch: Rund die Hälfte aller Personen in der untersten Einkommensklasse konnte im Zeitraum 2006 bis 2009 in eine höhere Einkommensklasse aufsteigen. Von einer Armutsfalle kann insoweit wohl nicht die Rede sein. Zwar hat dies auch damit zu tun, dass zu den Personen mit niedrigem Einkommen auch Studenten

oder Auszubildende gehören, die nach Abschluss ihrer Ausbildungsphase im Regelfall ein höheres Einkommen erzielen können. Dies relativiert aber nicht nur die Berechnungen des Sachverständigenrates, sondern stellt in gleicher Weise auch ein Argument gegen die unkritische Verwendung der Armutsgefährdungsquote als Verteilungsindikator dar, wie es der PARITÄTISCHE WOHLFAHRTSVERBAND tut.

Weder der PARITÄTISCHE WOHLFAHRTSVERBAND (der sich wiederum auf Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES stützt) noch der Sachverständigenrat berücksichtigen allerdings, dass in Regionen mit geringer Kaufkraft typischerweise auch die Preise für regional gehandelte Güter niedriger liegen als anderswo – insbesondere die Mieten, darüber hinaus aber auch eine Reihe von haushaltsnahen Dienstleistungen. Tatsächlich liegt das regionale Preisniveau in den süddeutschen Ballungszentren nach Berechnungen des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG um etwa ein Drittel höher als in den ländlichen, peripher gelegenen Regionen. Zur Vermeidung übereilter Interpretationen wäre es daher sinnvoll, künftig auch „preisniveaubereinigte“ Armutsgefährdungsquoten zu ermitteln.

Ohnehin: Auch wenn die Armutsgefährdungsquote in Teilen Westdeutschlands in den letzten Jahren zugenommen hat, darf nicht übersehen werden, dass es vor allem ostdeutsche Regionen sind, in denen nach den angewandten Kriterien die Armutsgefährdung besonders hoch ist; dies gilt auch für die vermeintlichen Wachstumspole in Sachsen und Thüringen. Hintergrund dessen sind vor allem das insgesamt niedrige Lohnniveau sowie die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern – also Faktoren, die vor allem die regionale Wirtschaftskraft widerspiegeln. Man kann daher nicht ohne Weiteres – wie es der PARITÄTISCHE WOHLFAHRTSVERBAND tut – zur Armutsbekämpfung lediglich Umverteilungsmaßnahmen fordern; wichtiger ist es dafür zu sorgen, dass gerade auch in den strukturschwächeren Regionen Deutschlands ausreichend viele Arbeitsplätze entstehen, die ein adäquates Einkommensniveau gewährleisten können. Mit Umverteilungspolitik ist aber gerade das nicht zu erreichen.

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Konjunkturprognose 2012: Deutsche Wirtschaft von Schuldenkrise ausgebremst¹

*zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus**

Weltwirtschaftliches Umfeld

Das weltwirtschaftliche Expansionstempo hat sich in den zurückliegenden Monaten verlangsamt. Nach den Ergebnissen des World Economic Survey hat sich das ifo Weltwirtschaftsklima in allen großen Wirtschaftsräumen verschlechtert. Der Stimmungseinbruch reflektiert die im Herbst 2011 drastisch gestiegene Unsicherheit bezüglich des Ausblicks für die Weltwirtschaft. Die Verunsicherung dürfte im Prognosezeitraum einer der zentralen Belastungsfaktoren für die Konjunktur sein.

Die Verunsicherung ist das Ergebnis mehrerer, sich teilweise gegenseitig verstärkender Faktoren. So ist der massive Stimmungseinbruch der privaten Wirtschaftsakteure nicht zuletzt auf die Erfolglosigkeit der bisherigen Ansätze zur nachhaltigen Lösung der Staatsschuldenkrise im Euroraum zurückzuführen. Die damit zunehmende Gefahr, dass die Schuldenkrise in eine europaweite Banken- und Wirtschaftskrise ausartet, die auch andere Regionen der Welt schwer belastet, ließ die Volatilität auf den Finanzmärkten rasant zunehmen. Zur Beunruhigung trägt auch bei, dass die Fähigkeit der Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung neuerlicher Krisen in der Mehrzahl der Industrieländer nur noch sehr begrenzt ist. So macht die vielerorts hohe Staatsverschuldung die Implementierung umfangreicher Maßnahmen zur Stützung des Bankensektors oder zur Stimulierung der Konjunktur nahezu unmöglich. Zudem liegen aktuell die Leitzinsen in fast allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf einem sehr niedrigen Niveau, was den Spielraum der dortigen Zentralbanken stark einschränkt.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung hängt im Prognosezeitraum entscheidend von der Beherrschbarkeit der europäischen Schuldenkrise ab. Die vorliegende Prognose beruht auf der Annahme, dass es gelingt, die Finanzmärkte nachhaltig zu beruhigen und somit eine weitere Eskalation der Krise zu verhindern. Dies erfordert hinreichend starke Anstrengungen zur Sanierung der Staatsfinanzen in vielen Mitgliedsstaaten des Euroraums. Dabei müssen nicht nur die bereits angekündigten Spar- und Reformprogramme lückenlos umgesetzt, sondern auch eine darüber hinausgehende, spürbare Intensivierung der fiskalischen Konsolidierung vorgenommen werden. Unter diesen Annahmen ist mit keinen weiteren Schuldenschnitten zu rechnen und die gemeinsame europäische Währung dürfte stabil bleiben. Entsprechend ist zu

hoffen, dass sich die aktuell herrschende Unsicherheit im Verlauf des Jahres 2012 langsam abbauen wird.

Allerdings ist es alles andere als sicher, dass sich das eben geschilderte Basisszenario realisiert. Auch dem wichtigsten Risikoszenario, dass der politische Wille zur Durchführung weitreichender Reformen in großen Ländern wie Italien und Spanien erlahmt oder dass die Reformen von den Investoren als nicht glaubwürdig und effektiv bewertet werden, muss eine nicht unerhebliche Eintrittswahrscheinlichkeit zugemessen werden. In dieser Situation sind verschiedene wirtschaftspolitische Reaktionen wie die Vergemeinschaftung der öffentlichen Schulden oder der unbegrenzte Aufkauf von Staatspapieren durch die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) denkbar, die alle hohe Risiken für die Konjunktur und die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung bergen und den Fortbestand der Währungsunion in Frage stellen.

Gemäß dem Basisszenario wird sich die Expansion der Weltwirtschaft im Prognosezeitraum spürbar verlangsamen. Die Verunsicherung dürfte die Finanzierungsbedingungen für Banken und Unternehmen weltweit verschlechtern und darüber hinaus zum Aufschub vieler Konsum- und Investitionsausgaben führen. Die schlechte Vermögenssituation der privaten Haushalte in den USA sowie in einigen europäischen Ländern wird weiterhin nach einer hohen Sparquote verlangen und somit die Entwicklung des privaten Konsums stark belasten. Schließlich wird die Finanzpolitik in Europa und den USA aufgrund der hohen Staatsverschuldung spürbar kontraktiv ausgerichtet sein. Der negative Fiskalimpuls dürfte besonders stark in mehreren von der Schuldenkrise bedrohten Euroraumländern sein, deren Wirtschaftsleistung im Jahr 2012 voraussichtlich schrumpfen wird.

Die wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern dürfte zwar durch die konjunkturelle Abschwächung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gedämpft werden. Doch dürften die endogene Binnendynamik sowie die zuletzt wieder expansiver gewordene Geldpolitik dazu führen, dass sie hohe Produktionszuwächse bei positiven Wachstumsbeiträgen der Nettoimporte verzeichnen. Damit stellen sie ein stabilisierendes Element für die Weltwirtschaft dar.

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Referent am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. tätig.

Gemäß dem Basisszenario unterstellen wir, dass sich die Zuversicht von Konsumenten und Produzenten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in der zweiten Hälfte 2012 etwas erholt, was gegen Ende des Prognosezeitraums die Weltkonjunktur leicht beleben wird. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt im vergangenen Jahr um 3,8 % zugenommen haben, im laufenden Jahr ist mit einer Rate von 3,3 % zu rechnen. Entsprechend wird sich die Zunahme des Welthandels von 6,2 % (2011) auf 3,9 % (2012) abschwächen. Die globale konjunkturelle Abschwächung in den kommenden Quartalen und das sukzessive Auslaufen der Teuerungsimpulse aus dem Rohstoffpreisanstieg in der ersten Jahreshälfte 2011 werden den Preisauftrieb in allen Regionen der Welt reduzieren. Gleichwohl wird die Inflationsrate in den aufstrebenden Volkswirtschaften weiterhin deutlich höher als jene in den Industrieländern sein.

Ausblick für Deutschland

In Deutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion bis zuletzt deutlich gestiegen. Im dritten Quartal 2011 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 2,0 % zu. Im Vorjahresvergleich erhöhte es sich um 2,5 %. Nach wie vor wird die deutsche Konjunktur von den binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften getragen.

Wie wichtig die heimischen Auftriebskräfte für die deutsche Konjunktur geworden sind, zeigt sich darin, dass zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts vom ersten Quartal 2010 bis zum dritten Quartal 2011 in Höhe von 6 % die inländischen Verwendungskomponenten allein 5 Prozentpunkte oder vier Fünftel beigetragen haben, davon entfallen 3 Prozentpunkte auf die Zunahme der Bruttoinvestitionen und 2 Prozentpunkte auf die Zunahme der privaten und öffentlichen Konsumausgaben. Nur einen Prozentpunkt hat dagegen der Außenbeitrag beigesteuert.

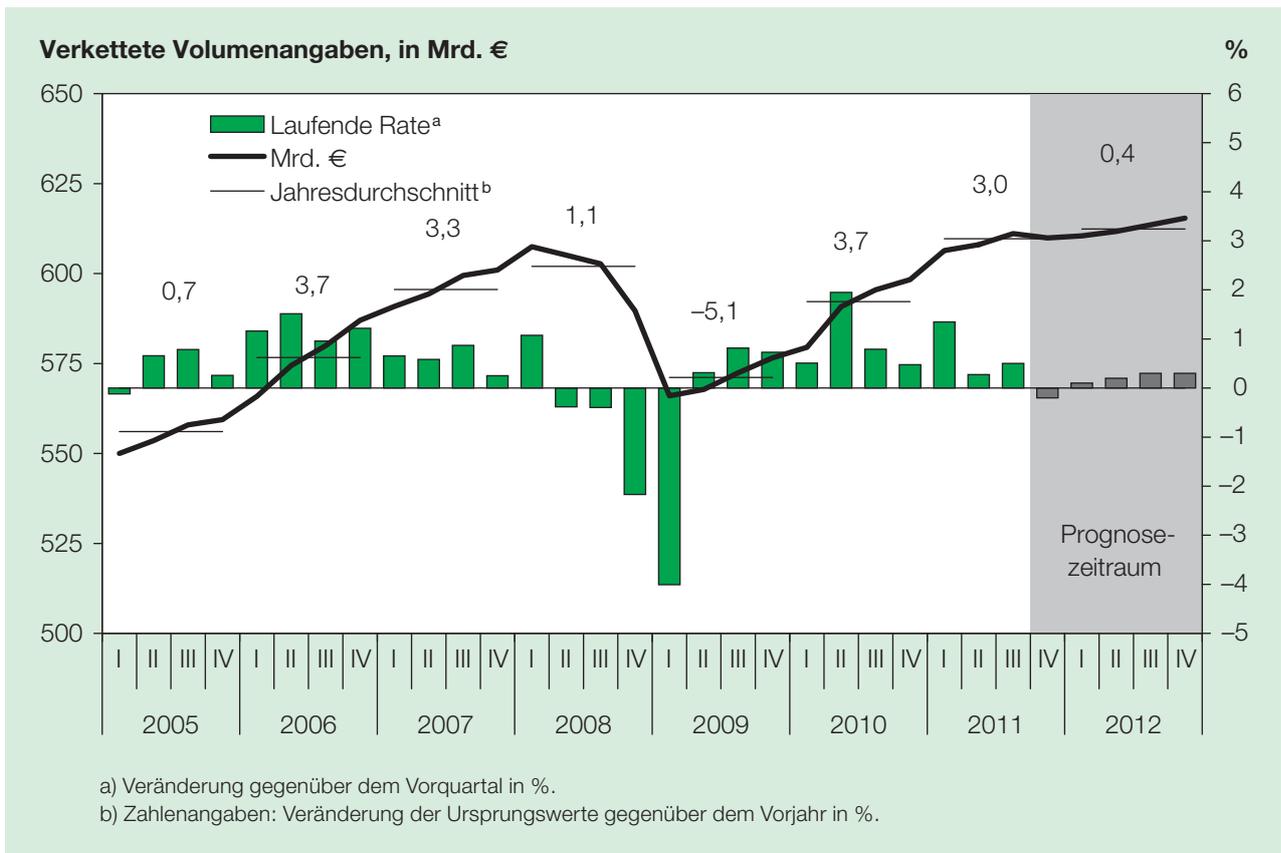
Box: Annahmen der Prognose

- Der Brent-Ölpreis wird im Prognosezeitraum 111 US-\$ pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro wird im Prognosezeitraum bei 1,35 US-\$ liegen.
- Die Eurokrise wird durch umfangreiche und glaubwürdige Konsolidierungsschritte in den betroffenen Ländern allmählich entschärft

Im Prognosezeitraum dürfte sich der Aufschwung in Deutschland nicht weiter fortsetzen, die Konjunktur wird im Winter vermutlich sogar in einen Abschwung geraten. Die Exporte werden voraussichtlich erheblich vom weltwirtschaftlichen Tempoverlust und insbesondere von den vielfältigen Konsolidierungs- und Sparanstrengungen im Euroraum in Reaktion auf die Staatsschuldenkrise belastet. Die bei schwacher Produktionsentwicklung wohl sinkende gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung sowie die hohe Unsicherheit dürften zudem die Ausrüstungsinvestitionen dämpfen. Der zyklisch eher nachlaufende private Konsum wird dagegen von der guten Arbeitsmarktlage und der noch recht günstigen Einkommenssituation gestützt und robust expandieren. Befördert durch niedrige Zinsen und die Unsicherheit der Investoren in Bezug auf ausländische Finanzanlagen, dürfte auch die Nachfrage nach Wohnbauten zunehmen. Daher ist zu erwarten, dass Deutschland – anders als viele europäische Partnerländer – nicht in eine Rezession gerät. Dies hängt allerdings entscheidend von dem der Prognose zugrunde liegenden Basisszenario ab, dass keine allzu umfangreichen Rettungsaktionen stattfinden, denn das würde den Vorteil der niedrigen Zinsen zerstören. Aus den Annahmen des Basisszenarios folgt zudem, dass die Weltwirtschaft langsam wieder Tritt fasst, was die deutschen Exporte stützt. Auch die Zuversicht der deutschen Unternehmen dürfte dann schrittweise zurückkehren, sodass die Unternehmensinvestitionen nach und nach hochgefahren werden. Bei robuster Konsumnachfrage und weiter guter Wohnungsbaukonjunktur ist damit zu rechnen, dass das Bruttoinlandsprodukt in der zweiten Hälfte von 2012 ungefähr mit der Rate des Produktionspotenzials von annualisiert rund 1¼ % zulegt. Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2011 um 3,0 % zugenommen haben, im Jahr 2012 wird sie aber nur noch um 0,4 % steigen (vgl. Abb. 1).

Bei alledem wird sich der Beschäftigungsaufbau verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt 2012 dürfte die Erwerbstätigkeit um 210.000 Personen oder 0,5 % steigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird, auch aufgrund von demographischen Faktoren, im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 140.000 auf rund 2,8 Mill. Personen zurückgehen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,7 %. Im Gefolge der schwächeren Konjunktur wird sich das Tempo des Preisauftriebs abschwächen; im Jahresdurchschnitt 2012 ist mit einer Inflationsrate von 1,8 % zu rechnen (2011: 2,3 %). Das staatliche Budgetdefizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird im laufenden Jahr voraussichtlich bei 0,9 % liegen (vgl. Tab. 1).

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preisbereinigt, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Es muss betont werden, dass die makroökonomische Unsicherheit nicht zuletzt aus politischen Gründen derzeit extrem hoch ist. So könnten schon kleine Abweichungen Italiens vom geplanten Konsolidierungskurs zu neuen Verwerfungen an den ohnehin extrem angespannten Finanzmärkten und kaum abschätzbaren politischen Reaktionen führen. Diese könnten die der Prognose zugrunde liegenden Annahmen schnell obsolet werden lassen. Aus technischer Sicht ist damit die Eintrittswahrscheinlichkeit des Basisszenarios deutlich geringer als es in normalen Prognosesituationen der Fall ist. Daher wird an dieser Stelle anders als in früheren Prognosen üblich – kein Prognoseintervall angegeben.

Abkühlung der Weltkonjunktur dämpft Ausfuhr

Die deutschen Ausfuhren expandierten mit 2,5 % im dritten Quartal 2011 kaum schwächer als im vorhergehenden Quartal. Verstärkt wurde aus europäischen Ländern nachgefragt, die nicht zur Europäischen Union gehören. Besonders auffallend waren die Beiträge der Schweiz und Japans. Die Eidgenossen nutzten die Aufwertung des Franken gegenüber dem Euro zum

vermehrten Kauf deutscher Güter, während die Japaner ihre Importe im Zuge des Wiederaufbaus nach der Natur- und Reaktorkatastrophe hochfuhren. Im Gegensatz dazu kamen von den typischen Abnehmerländern deutscher Produkte wie Frankreich, den USA, Großbritannien und China keine nennenswerten Impulse. Die europäischen Problemländer Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien hielten sich mit dem Kauf deutscher Güter deutlich zurück. Für das vierte Quartal 2011 sind die Indikatoren deutlich pessimistisch. Aufgrund des starken Sommerhalbjahres ergibt sich jedoch für das Gesamtjahr 2011 ein Exportzuwachs von 8,4 %.

Die Schwäche bei den Exporten im vierten Quartal 2011 wird sich wohl bis in das Frühjahr 2012 fortsetzen, da sich die Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern abschwächt und der übrige Euroraum in eine Rezession abrutscht. Im weiteren Verlauf des Jahres dürften mit der erwarteten Belebung der Weltkonjunktur auch die Exporte wieder anziehen. Zusätzliche Nachfrage nach deutschen Produkten dürfte dabei vor allem aus China, den USA, den Niederlanden, Österreich, Belgien und osteuropäischen Ländern wie Polen, Tschechien und Russland kommen. Bedingt durch das schwache erste Halbjahr 2012 wird der Export im Jahresdurchschnitt 2012 nur um 2,8 % zulegen.

Gedämpfter Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen

Die bislang recht dynamische Investitionstätigkeit dürfte im Herbst 2011 erheblich an Schwung verloren haben. Die Unternehmen dürften in Anbetracht der schwächeren Weltkonjunktur und großer Unsicherheiten über die Wirtschaftsentwicklung in der nächsten Zeit eher

vorsichtig Investitionsausgaben tätigen. Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests lag die Kapazitätsauslastung in der Industrie im vergangenen Herbst über dem langjährigen Durchschnitt, ist aber im Vergleich zum Sommer gesunken. Daher dürfte der Anreiz, Erweiterungsinvestitionen jetzt auszulösen, etwas abgenommen haben.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a				
Private Konsumausgaben	-0,1	0,6	1,4	1,2
Konsumausgaben des Staates	3,3	1,7	1,2	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	-11,4	5,5	6,9	2,2
Ausrüstungen	-22,8	10,5	8,8	2,8
Bauten	-3,0	2,2	5,7	1,6
Sonstige Anlagen	0,6	4,7	4,6	4,6
Inländische Verwendung	-2,6	2,4	2,3	1,2
Exporte	-13,6	13,7	8,4	2,8
Importe	-9,2	11,7	7,6	4,6
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	-5,1	3,7	3,0	0,4
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	40.362	40.553	41.060	41.270
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.415	3.238	2.975	2.835
Arbeitslosenquote ^c (in %)	8,1	7,7	7,1	6,7
Verbraucherpreise ^d (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,4	1,1	2,3	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ^e				
– in Mrd. €	-76,1	-106,0	-27,5	-24,5
– in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,2	-4,3	-1,1	-0,9
<i>Nachrichtlich:</i>				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-4,2	1,8	1,5	-0,2
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^f (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,3	1,6	2,6	1,2
1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Definitionen gemäß Bundesagentur für Arbeit). – d) Verbraucherpreisindex (2005=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) HVPI-EWU (2005=100).				

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

Andererseits liegen derzeit keine Indizien für einen scharfen Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen vor. Der ifo Investitionstest deutet auf eine weitere Expansion der Ausrüstungsinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe hin, auch wenn das Plus in 2012 weniger kräftig ausfallen dürfte als im Jahr 2011. Stützend auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen wirken die Finanzierungsbedingungen. Eine Kreditklemme, wie sie in manchen anderen Ländern der Eurozone oder in Teilen Osteuropas droht, ist in Deutschland aber derzeit wenig wahrscheinlich. Darüber hinaus dürften die Notenbankzinsen im Prognosezeitraum niedrig bleiben. Nach wie vor verfügen die Unternehmen auch über beträchtliche Mittel zur Selbstfinanzierung. Insgesamt dürfte daher die Finanzierungsseite die Investitionstätigkeit kaum hemmen. Erheblich mehr Gewicht haben derzeit die Nachfrage- und Ertragsersparungen der Unternehmen.

Nach einem schwächeren Winterhalbjahr dürfte sich die Investitionstätigkeit im weiteren Verlauf des Jahres 2011 wieder etwas belebt haben. Im Jahresdurchschnitt 2012 steigen die Ausrüstungsinvestitionen um 2,8 % (2011: 8,8 %).

Bauboom geht weiter

Die Bauinvestitionen sind im ersten Vierteljahr des vergangenen Jahres im Zuge der günstigen Winterwitterung stark ausgeweitet worden. Seither konnte dieser Niveausprung nicht ganz gehalten werden.

Der Aufwind im **Wohnungsbau** dürfte grundsätzlich fortbestehen. Die Auftragsbestände lagen Ende September 2011 nominal um mehr als 25 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Auch die Baugenehmigungen für neue Wohnungen in Einfamilienhäusern und in Mehrfamilienhäusern haben in diesem Zeitraum deutlich zugenommen. Der Wohnungsbau dürfte davon profitieren, dass er als werterhaltende Kapitalanlageform gilt. Die Hypothekenzinsen sind zudem weiterhin günstig. Damit dürften die Wohnbauinvestitionen im Jahr 2012 um knapp 3 % zulegen.

Bei den **Wirtschaftsbauinvestitionen** sind die Konjunkturrisiken größer geworden. Besonders bei Fabrikgebäuden könnte sich eine etwas zögerlichere Bau nachfrage zeigen. Insgesamt sind die Auftragsbestände im gewerblichen Bau aber hoch, sodass es wohl bei einer positiven Grundtendenz im Wirtschaftsbau bleibt. Unterfüttert wird diese Entwicklung durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen. Ab Mitte nächsten Jahres dürften sich zudem die Ertragsperspektiven der Unternehmen wieder aufhellen. Insgesamt steigen die Wirtschaftsbauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2012 um 0,6 %.

Die **öffentlichen Bauinvestitionen** werden im Jahr 2012 zunächst etwas nachgeben. Die Baugenehmigungen der öffentlichen Bauherren waren in den ersten 9 Monaten des Jahres 2011 um reichlich 20 % niedriger als im Vorjahr und der Auftragsbestand im öffentlichen Bau war im September um mehr als 8 % geringer als vor Jahresfrist. Die positiven Effekte aus den Konjunkturpaketen laufen aus und viele Gemeinden werden trotz einer günstigen Entwicklung bei den Gewerbesteuer-einnahmen noch zurückhaltend mit neuen Projekten sein. Obwohl viele Kommunen weiter in einer angespannten Haushaltslage sind, dürfte sich im weiteren Jahresverlauf 2012 die günstigere Einnahmesituation aber etwas bemerkbar machen und die Nachfrage wieder steigen. Aufgrund des schwachen ersten Halbjahres werden die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2012 um 2 % abnehmen. Die gesamten Bauinvestitionen werden um 1,6 % steigen.

Privater Konsum nimmt weiter zu

Der reale private Konsum, der im Frühjahr 2011 – nicht zuletzt in Reaktion auf den neuerlichen Höhenflug der Ölpreise – gesunken war, hat im dritten Quartal 2011 wieder merklich zugenommen. Maßgeblich hierfür war die Expansion der real verfügbaren Einkommen, die Sparquote ist hingegen unverändert geblieben. Zwar sind die Nettolöhne und die monetären Sozialleistungen nur leicht gestiegen, dagegen haben die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen aber kräftig zugelegt. Hinzu kam, dass sich das Verbraucherpreisniveau kaum noch erhöht hat. Den Frühindikatoren zufolge dürften die realen Konsumausgaben auch im vierten Quartal 2011 zugenommen haben.

Im Jahr 2012 wird der private Konsum voraussichtlich verhalten weiter steigen. Zwar werden die Tarifverdienste auf Monatsbasis rascher als in diesem Jahr zulegen, die Bruttolöhne je Beschäftigten dürften aber bei einer wieder leicht negativen Lohndrift merklich langsamer expandieren. Da sich die Beschäftigung zudem nur noch leicht erhöht, werden die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe nur noch 2,8 % zunehmen (2011: 4,3 %). Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben ergibt sich eine Steigerung um 2,7 %, wobei die beschlossene Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,3 Prozentpunkte berücksichtigt worden ist. Auch die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften langsamer als zuvor expandieren, dämpfend wirkt die Konjunkturabschwächung. Dagegen werden die monetären Sozialleistungen im Vorjahresvergleich wieder steigen. Die Altersrenten werden stärker als 2011 angehoben, bei den übrigen Transferleistungen

sind zudem keine Leistungskürzungen vorgesehen. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2012 nominal um 2,8 % und real um 1,2 % expandieren. Bei unveränderter Sparquote steigen die privaten Konsumausgaben im gleichen Tempo.

Geringerer Verbraucherpreisanstieg

Das Verbraucherpreisniveau ist im vergangenen Jahr merklich gestiegen. Hierzu trugen maßgeblich die höheren Preise für Energieträger und hier insbesondere für leichtes Heizöl und Kraftstoffe bei.

Im laufenden Jahr dürfte das Verbraucherpreisniveau verlangsamt steigen, dies nicht zuletzt auch aufgrund von Basiseffekten. Zwar werden sich die der Ölpreisentwicklung mit Verzögerung folgenden Gaspreise und Umlagen für Fernwärme weiterhin zum Teil erhöhen. Bei Strom ist ab Januar 2012 mit erneuten Tarifierhöhungen zu rechnen. Zudem werden die Kfz-Versicherungsprämien merklich steigen. Auch wird die Tabaksteuer erneut angehoben. Zudem dürften sich kommunale Dienstleistungen angesichts wieder knapperer Kassen verteuern. Schließlich steigen auch die Lohnstückkosten spürbar. Gegenzurechnen ist allerdings, dass die Preiserhöhungsspielräume vieler Unternehmen angesichts der deutlich langsameren Gangart der Konjunktur kleiner werden dürften. Alles in allem dürfte das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2012 um 1,8 % steigen. Ohne Energieträger gerechnet dürfte sich der Warenkorb um 1,6 % verteuern.

Beschäftigungsaufschwung verlangsamt sich

Die Erwerbstätigkeit erreichte im Verlauf des vergangenen Jahres immer neue Höchststände. Begründet in der Lohnzurückhaltung der Vergangenheit und der damit verbundenen hohen Wettbewerbsfähigkeit konnten deutsche Unternehmen in besonderem Maße vom weltweiten Aufschwung profitieren und fragten vermehrt Arbeitskräfte nach. Im Zuge des Beschäftigungsaufbaus wurde auch die Arbeitslosigkeit deutlich reduziert.

Die verfügbaren Indikatoren deuten auf eine fortgesetzte Beschäftigungszunahme hin. Allerdings ergibt sich im Jahr 2012 von Seiten der Arbeitskosten keine Entlastung für den Arbeitsmarkt. Aufgrund der verhaltenen gesamtwirtschaftlichen Expansion dürfte zudem die Kapazitätsauslastung zurückgehen. Vor diesem Hintergrund wird sich der Beschäftigungsaufbau wohl allmählich verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt 2012 dürfte die Erwerbstätigkeit um 210.000 Personen steigen. Dabei dürften insbesondere die exportorientierten

Bereiche ein deutlich langsames konjunkturelles Tempo aufweisen als noch in diesem Jahr. Aufgrund dessen verlangsamt sich die Zunahme der Vollzeitstellen und die Teilzeitquote steigt wieder. Da sich die reguläre Wochenarbeitszeit zudem wohl nicht weiter erhöht, Überstunden abgebaut werden dürften und kalenderbedingt eine geringere Zahl an Arbeitstagen zur Verfügung steht, sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit um 0,9 % und das Arbeitsvolumen geht um 0,4 % zurück.

Ausgehend von der Zunahme der Beschäftigung sinkt die Arbeitslosigkeit im Jahr 2012 weiter. Die Entwicklung wird dabei von demographischen Faktoren gestützt, wenngleich in geringerem Ausmaß als im Jahr 2011. Die seit Mai 2011 geltende uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit für die acht neuen EU-Mitgliedstaaten dürfte das Angebot an Arbeitskräften für sich genommen hingegen erhöhen. Auch wird die Stille Reserve weiter abnehmen. Alles in allem dürfte das Arbeitskräfteangebot leicht steigen. Im Jahresdurchschnitt 2012 dürfte die Arbeitslosigkeit um 140.000 auf rund 2,8 Mill. Personen zurückgehen; dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,7 % (vgl. Tab. 2).

Konsolidierungsbemühungen lassen nach

Nachdem sich die Lage der Staatsfinanzen in Deutschland in den Jahren 2007 und 2008 deutlich verbessert hatte, wurden in den Jahren 2009 und 2010 außerordentliche Defizite hingenommen, um den rezessionsbedingten Nachfragerückgang in dieser Zeit abzufedern. Bereits Mitte des Jahres 2010 schwenkten die öffentlichen Haushalte jedoch wieder auf einen Konsolidierungspfad ein und es wurde ein „Zukunftspaket“ beschlossen, das in den Jahren 2011 und 2012 Einsparungen vorsah. Aufgrund steigender Einnahmen und sinkender Ausgaben hat sich das gesamtstaatliche Budgetdefizit auf 1,1 % im Jahr 2011 reduziert. Für das Jahr 2012 wird aus konjunkturellen und strukturellen Gründen jedoch nicht mehr mit einem weiteren deutlichen Rückgang der Defizitquote gerechnet (0,9 %).

Das Steueraufkommen wird voraussichtlich nur noch um 2,7 % zunehmen. Dabei werden die direkten Einkommen- und Vermögensteuern (3,7 %) deutlich stärker expandieren als die Produktions- und Importabgaben (1,5 %). Die Lohnsteuer wird hierzu aufgrund der weiter steigenden Beschäftigung beitragen. Allerdings werden sich aufgrund der sich abkühlenden Konjunktur nur noch sehr geringe Zuwächse bei den Gewinnsteuern ergeben. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden im Jahr 2012 um 1,6 % steigen. Dabei ist berücksichtigt, dass der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,9 % auf 19,6 % gesenkt wird.

Tabelle 2: Arbeitsmarkt (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

Deutschland	2008	2009	2010	2011	2012
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.365	57.811	57.087	57.979	57.729
Erwerbstätige Inländer	40.290	40.311	40.506	41.004	41.210
Arbeitnehmer	35.811	35.843	36.018	36.472	36.651
darunter: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.510	27.493	27.757	28.421	28.746
darunter: Geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ^a	255	285	260	191	171
Marginal Beschäftigte	5.895	5.936	5.886	5.783	5.760
darunter: Minijobs	4.866	4.904	4.885	4.874	4.878
1-Euro-Jobs ^b	291	280	260	166	138
Selbständige	4.479	4.468	4.488	4.533	4.558
darunter: Geförderte Selbständige ^c	180	145	154	136	126
Pendlersaldo	55	51	47	56	61
Erwerbstätige Inland	4.345	4.362	40.553	41.060	4.127
Arbeitslose	3.258	3.415	3.238	2.975	2.835
Arbeitslosenquote ^d	7,8	8,1	7,7	7,1	6,7
Erwerbslose ^e	3.136	3.228	2.946	2.489	2.263
Erwerbslosenquote ^f	7,2	7,4	6,8	5,7	5,2

a) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – b) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – c) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Definition der ILO. – f) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

Auch bei den staatlichen Ausgaben lassen die Konsolidierungsbemühungen nach. Die Arbeitnehmerentgelte dürften etwas stärker zunehmen, als in den Vorjahren. So wird das Weihnachtsgeld für Bundesbeamte verdoppelt. Auch deuten die Tarifabschlüsse auf eine etwas stärkere Erhöhung im Jahr 2012 hin. Für die monetären Sozialleistungen des Staates wird ein Anstieg um 1,4 % erwartet. Zwar wirken die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II weiterhin defizitmindernd; die Rentenanpassung wird jedoch deutlich höher als im Vorjahr ausfallen. Die staatlichen Ausgaben für Investitionen dürften sich stabil entwickeln. Zwar sind die investiven Maßnahmen der Konjunkturpakete im Jahr 2012 ausgelaufen; die inzwischen stark gestiegenen Gewerbesteuer-

nahmen ermöglichen jedoch eine weiterhin rege Investitionstätigkeit. Die Zinsausgaben sollten hingegen aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus rückläufig sein.

Die Schuldenstandquote dürfte am Jahresende 2012 immer noch leicht über 80 % liegen, sofern nicht unvorhergesehene Veränderungen des Bruttoschuldenstands aufgrund von neuerlichen Maßnahmen zur Banken- und Eurorettung zum Tragen kommen.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2011, vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus, K. Abberger, T. O. Berg, B. Born, T. Buchen, C. Breuer, S. Elstner, C. Grimme, S. Henzel, N. Hristov, M. Kleemann, W. Meister, J. Plenk, K. Wohlrabe, T. Wollmershäuser und P. Zorn, ifo Konjunkturprognose 2012: Schuldenkrise bremst deutsche Wirtschaft aus, in: ifo Schnelldienst, 24/2011, 64. Jg. S. 26–72.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2011/2012: Europäische Schuldenkrise lähmt gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann*

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Das Expansionstempo der Weltwirtschaft hat sich in den zurückliegenden Monaten verlangsamt. In nahezu allen großen Wirtschaftsräumen hat sich das ifo Weltwirtschaftsklima zuletzt verschlechtert, was insbesondere die erhebliche Unsicherheit im Gefolge der Euro-Krise widerspiegelt. Dies stellt einen zentralen Belastungsfaktor für den künftigen konjunkturellen Verlauf dar. In der vorliegenden Prognose ist zwar unterstellt, dass es gelingt, die Finanzmärkte nachhaltig zu beruhigen und eine weitere Eskalation der Krise zu verhindern. Auch dann wird sich das Expansionstempo der Weltwirtschaft jedoch spürbar verlangsamen. Aufgrund der weltweiten Verunsicherung dürften sich die Finanzierungsbedingungen für Banken und Unternehmen verschlechtern und daher zum Aufschub vieler Investitionsvorhaben führen. Zudem wird die Finanzpolitik einiger Staaten aufgrund der hohen Staatsverschuldung kontraktiv ausgerichtet sein. Die Schwellenländer hingegen stellen ein stabilisierendes Element für die Weltwirtschaft dar, da sie im Prognosezeitraum, gestützt durch die zuletzt wieder expansivere Geldpolitik sowie durch die stärker werdende Binnennachfrage, weiterhin positive aber geringere Produktionszuwächse als 2011 verzeichnen dürften.

Der Prognose des ifo INSTITUTS vom 14. Dezember 2011 zufolge dürfte die weltweite gesamtwirtschaftliche Produktion im vergangenen Jahr um 3,8 % und im aktuellen Jahr um 3,3 % zunehmen.

Der Aufschwung in Deutschland hat sich bis zuletzt fortgesetzt. Nach Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES konnte das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2011 saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,5 % zulegen, was einer laufenden Jahresrate von 2,0 % entspricht. Im Vorjahresquartalsvergleich bedeutet dies eine Zunahme um 2,5 %. Maßgeblich hierfür waren die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte. Die bislang günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung dürfte sich im Prognosezeitraum jedoch nicht fortsetzen. Insbesondere die Exporte dürften vom weltwirtschaftlichen Tempoverlust und den Sparanstrengungen im Euroraum belastet werden. Darüber hinaus dämpfen die Ausüstungsinvestitionen die konjunkturelle Expansion, da aufgrund der schwachen Produktionsentwicklung die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung sinken dürfte.

Stabilisierend wirkt hingegen der private Konsum, welcher von der guten Arbeitsmarktlage und der günstigen Einkommenssituation gestützt wird. Das ifo INSTITUT erwartet einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 3,0 % im Jahr 2011; im aktuellen Jahr 2012 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion jedoch nur noch um 0,4 % zulegen [vgl. NIERHAUS (2012)]. Ein Abgleiten in die Rezession wird jedoch nicht erwartet.

Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt wird sich voraussichtlich weiter verbessern, wenngleich sich der Beschäftigungsaufbau verlangsamen dürfte. Die Zahl der erwerbstätigen Personen in Deutschland wird nach Einschätzung des ifo INSTITUTS im vergangenen Jahr um 507.000 Personen zugenommen haben und im Jahr 2012 voraussichtlich um 210.000 Personen expandieren.

Dieser Beitrag fasst zunächst die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturprognose der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS für Ostdeutschland (einschließlich Berlin) und Sachsen zusammen. Abschließend erfolgt eine Betrachtung des ostdeutschen sowie sächsischen Arbeitsmarktes.

Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland

2011: Ostdeutsche Wirtschaft trotz den globalen Unsicherheiten

Nach ersten Angaben des ARBEITSKREISES VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) im ersten Halbjahr 2011 um 3,2 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum an. Damit fiel der Anstieg jedoch geringer aus als in den westdeutschen Bundesländern (4,0 %), insbesondere aufgrund unterdurchschnittlicher Wachstumsraten des BIP in Berlin (1,9 %) und in Mecklenburg-Vorpommern (2,2 %).

Die kräftige Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Halbjahr 2011 ist vor allem auf die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen.

* Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Der Umsatz der ostdeutschen Betriebe von Unternehmen mit 50 und mehr tätigen Personen lag in den ersten zehn Monaten des Jahres 2011 um 12,6 % über dem Stand des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (vgl. Tab. 1).

Dabei kamen die Impulse vor allem aus den Bereichen der Vorleistungs- und Gebrauchsgüterproduzenten. Aber auch die Hersteller von Investitionsgütern konnten ihre Erlöse gegenüber dem Vorjahreszeitraum steigern. Vorlaufende Indikatoren wie das ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands deuten aber darauf hin, dass die Dynamik im vierten Quartal des Jahres 2011 nachgelassen hat (vgl. Abb. 1).

Insbesondere die Geschäftserwartungen haben sich seit der Mitte des vergangenen Jahres deutlich eingetrübt. Nach Angaben der befragten ostdeutschen Industriefirmen sind sowohl die durchschnittliche Auftragsreichweite als auch die Kapazitätsauslastung rückläufig. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes Ostdeutschlands 2011 im Vorjahresvergleich um 8,4 % zulegen haben dürfte (vgl. Abb. 2).

Auch das ostdeutsche Baugewerbe konnte in den ersten zehn Monaten des Jahres 2011 deutlich zulegen. Dies ist aber vornehmlich auf die sehr gute Entwicklung

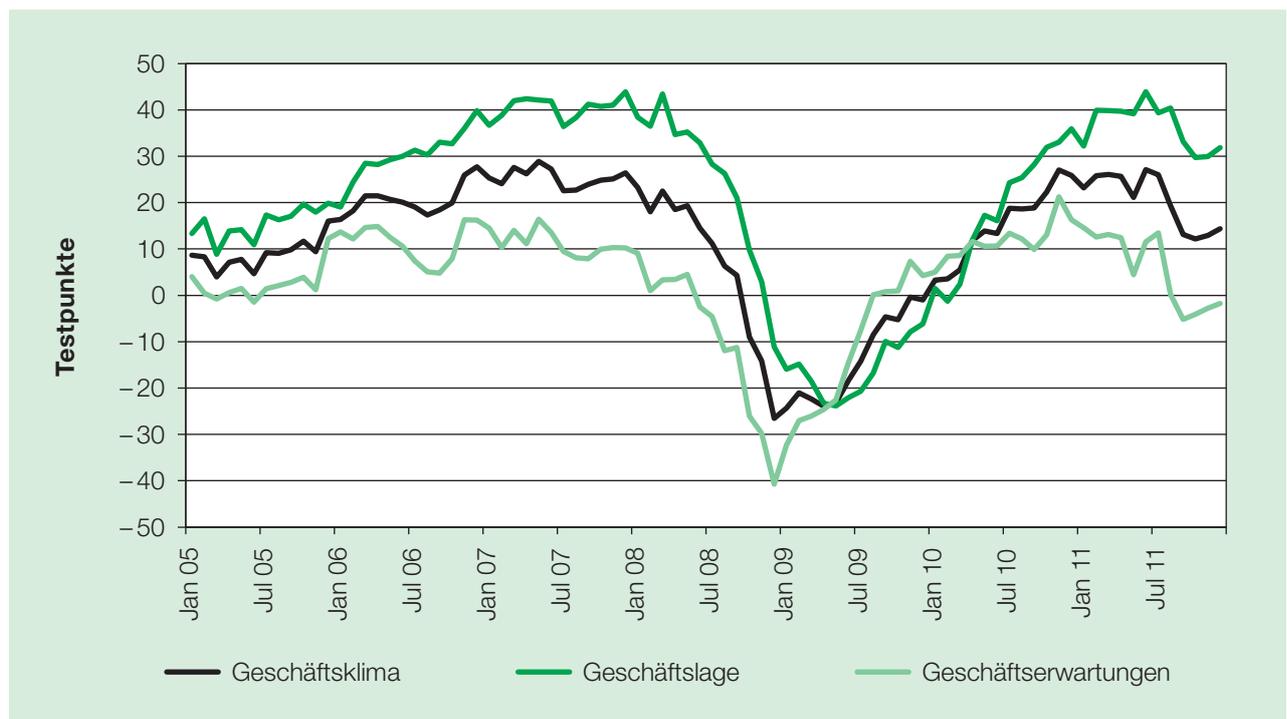
Tabelle 1: Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe: Ostdeutschland, Sachsen und Deutschland im Vergleich

Veränderungen zum Vorjahr in % ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)	Sachsen	Deutschland
Inlandsumsatz	11,7	11,5	12,1
Auslandsumsatz	14,3	16,8	13,0
Gesamtumsatz	12,6	13,5	12,5
Exportquote ^b	34,5	39,0	46,1

a) Dargestellt sind die Veränderungsraten der im Zeitraum Januar 2011 bis Oktober 2011 kumulierten Umsätze zu dem entsprechenden Wert im Vorjahr. – b) Verhältnis aus Auslands- zu Gesamtumsatz.

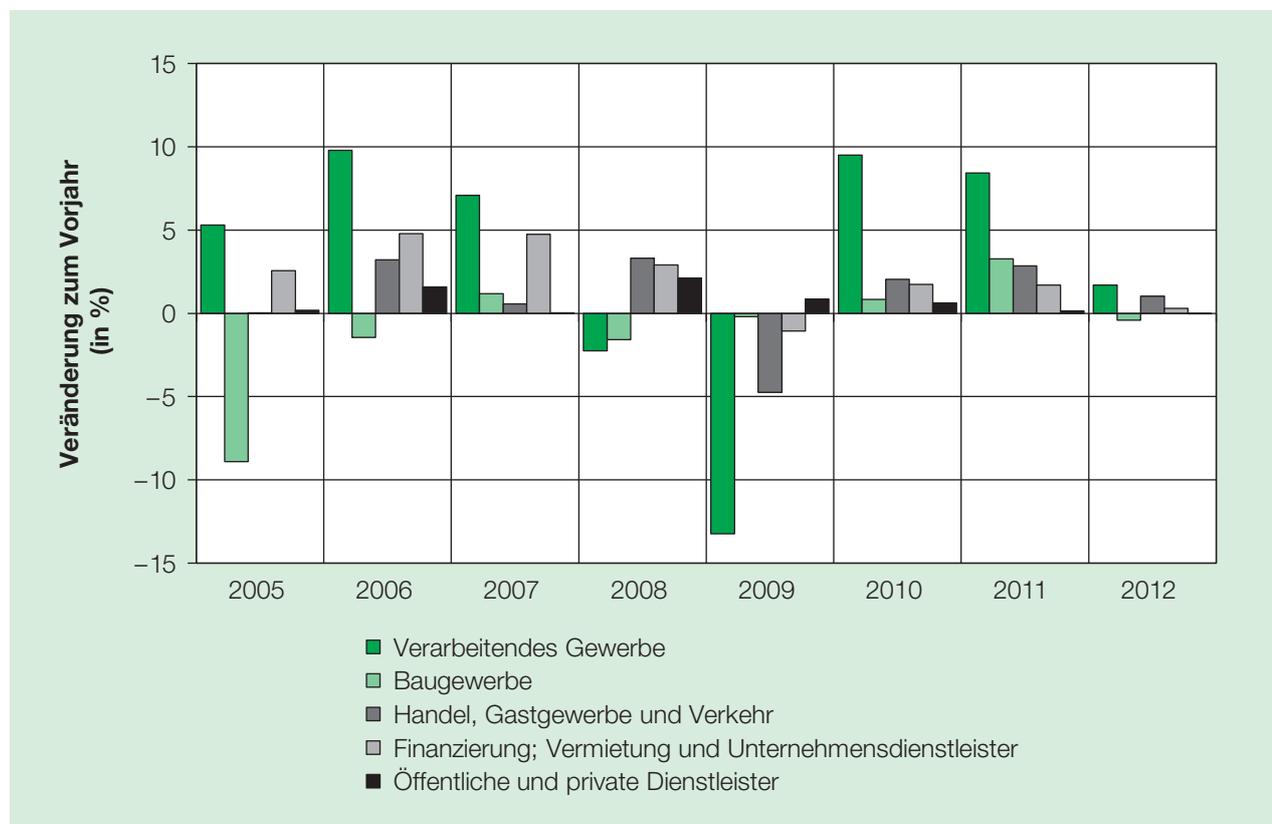
Quelle: Statistisches Bundesamt (2011b).

Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen des Verarbeitenden Gewerbes Ostdeutschlands (saisonbereinigte Werte)



Quelle: ifo Konjunkturtest, Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 2: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2011); 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

im ersten Quartal des abgelaufenen Jahres 2011 zurückzuführen, welches von witterungsbedingten Nachholeffekten geprägt war. Die hohe Dynamik konnte im weiteren Jahresverlauf nicht gehalten werden. So haben sich die Zuwachsraten der Auftragseingänge seit Jahresbeginn 2011 deutlich verringert. Infolgedessen hat sich das ifo Geschäftsklima für das Bauhauptgewerbe

Ostdeutschlands verschlechtert. Der baugewerbliche Umsatz der Monatsmelder¹ lag im Zeitraum Januar bis Oktober 2011 um 11,1 % höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (vgl. Tab. 2).

Während der Wohnungs- (25,5 %) sowie der Wirtschaftsbau (12,0 %) weiter kräftig expandierten, gingen vom öffentlichen Bau deutlich schwächere Impulse aus (6,1 %).

Tabelle 2: Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe: Ostdeutschland, Sachsen und Deutschland im Vergleich

Veränderungen zum Vorjahr in % ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)	Sachsen	Deutschland
Wohnungsbau	25,5	21,6	21,0
Wirtschaftsbau	12,0	15,4	13,5
Öffentlicher Bau (inkl. Straßenbau)	6,1	9,3	4,7
Bauhauptgewerbe insgesamt	11,1	13,3	11,3

a) Dargestellt sind die Veränderungsraten der im Zeitraum Januar 2011 bis Oktober 2011 kumulierten Umsätze zu dem entsprechenden Wert im Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011a), Berechnungen des ifo Instituts.

Auch im Ausbaugewerbe waren zweistellige Zuwachsraten des baugewerblichen Umsatzes zu beobachten. Der Wohnungsbau profitierte dabei von den günstigen Finanzierungsbedingungen im Jahr 2011. Die gute Industriekonjunktur stützte darüber hinaus den Wirtschaftsbau. Im öffentlichen Bereich hingegen werden zunehmend die bremsenden Effekte durch das Auslaufen des Konjunkturpaketes II sichtbar. Nach kräftigem Anstieg der Erlöse im öffentlichen Bau zu Beginn des vergangenen Jahres liegen die nominalen Umsätze seit Juni 2011 unter dem Vorjahresniveau. Gegen Jahresende hin machte sich hingegen die milde Witterung begünstigend bemerkbar, die dafür sorgte, dass bis weit in den Dezember hinein Bauaufträge abgearbeitet werden konnten. Insgesamt dürfte die reale Bruttowertschöpfung im Baugewerbe in 2011 um 3,3 % zugelegt haben (vgl. Abb. 2).

Die im Zuge des vergangenen Aufschwungs verbesserte Einkommenssituation der privaten Haushalte, die gute Arbeitsmarktlage sowie die positive Bau- und Industriekonjunktur beflügelten die verschiedenen Dienstleistungsbereiche. Der Verkehrssektor profitierte vom guten konjunkturellen Umfeld im Verarbeitenden Gewerbe. In den einzelnen Handelsstufen zeigten sich unterschiedliche Tendenzen: Während die nominalen Umsätze im Groß- und Kfz-Handel Ostdeutschlands in den ersten acht Monaten des Jahres 2011 um 14,0 % bzw. 11,6 % expandierten, steigerten die Einzelhändler ihre nominalen Erlöse um lediglich 1,4 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die positive Grundstimmung im ostdeutschen Handel spiegelt sich auch in den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests wider. Im Jahresverlauf 2011 wurde die Geschäftslage als gut eingeschätzt und das ifo Geschäftsklima hat sich jüngst im Groß- und Einzelhandel abermals verbessert. Die um Preissteigerungen bereinigte Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr dürfte im vergangenen Jahr um 2,9 % zugenommen haben (vgl. Abb. 2).

Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister hat ebenfalls vom gesamtwirtschaftlichen Aufschwung im abgelaufenen Jahr profitiert. Insbesondere die unternehmensnahen Dienstleister partizipierten an der konjunkturellen Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in diesem Bereich wird im Jahr 2011 voraussichtlich um 1,7 % expandieren (vgl. Abb. 2).

Von den öffentlichen und privaten Dienstleistern hingegen gingen nur schwache Impulse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus. Die Fiskalpolitik wirkte in diesem Jahr weiterhin restriktiv, da die öffentlichen Haushalte ihre Konsolidierungsbemühungen aufrecht erhielten. Das Gesundheits- und Sozialwesen hingegen profitierte von der demographischen Situation. Im Ver-

gleich zum Vorjahr dürfte die reale Bruttowertschöpfung im Jahr 2011 voraussichtlich nur um 0,2 % gestiegen sein (vgl. Abb. 2).

Unter Berücksichtigung der Gütersteuern und -subventionen erwartet das ifo INSTITUT einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (mit Berlin) im Jahr 2011 von 2,5 % (vgl. Abb. 3). Damit dürfte die Wachstumsrate etwas geringer als in Deutschland insgesamt sein, was auf die geringere Präsenz der Industrie in den ostdeutschen Bundesländern zurückzuführen ist. Darüber hinaus dämpfen die Bevölkerungsverluste sowie rückläufige Transferzahlungen die gesamtwirtschaftliche Expansion.

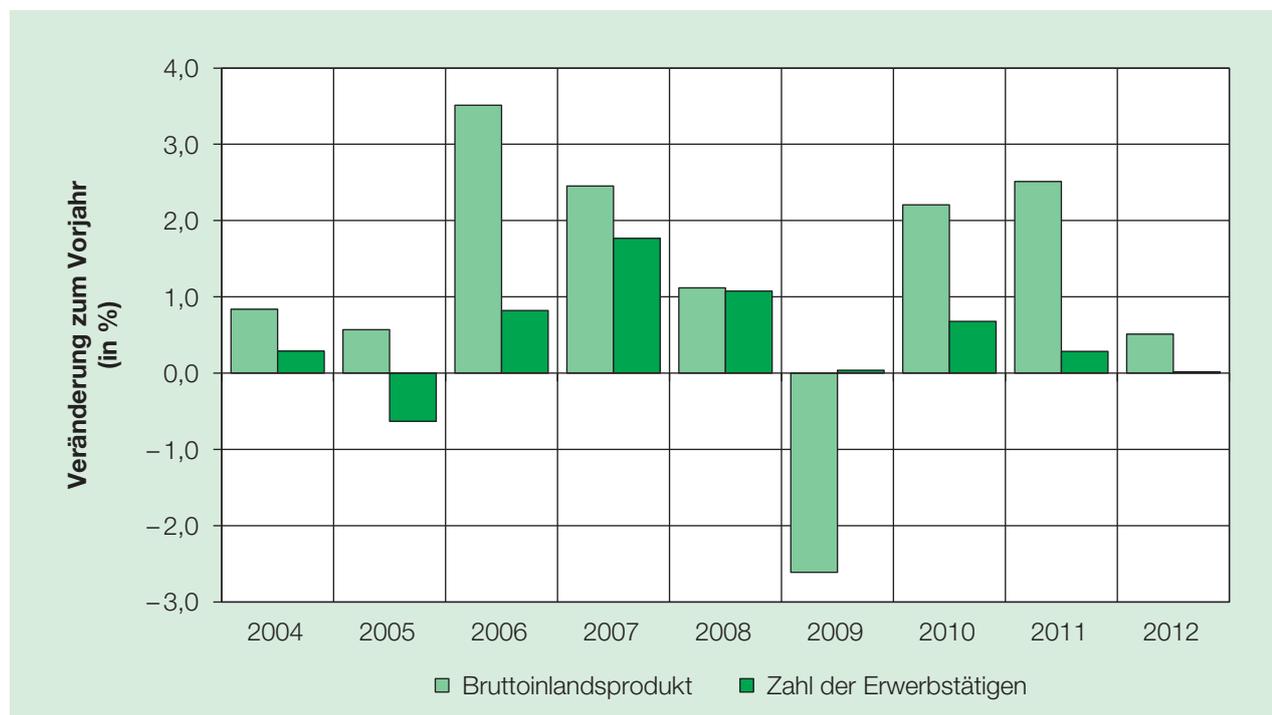
Auch der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland profitierte vom gesamtwirtschaftlichen Aufschwung. Nach Angaben der amtlichen Statistik stieg die Zahl der Erwerbstätigen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 in den ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlin) um rund 0,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum; dies war allerdings weniger als in Deutschland insgesamt (1,3 %). Die ifo Beschäftigungserwartungen für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands deuten auf eine weitere Zunahme der Beschäftigung hin, wenngleich mit vermindertem Tempo. Im Gesamtjahr 2011 kann von einem Anstieg der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland von 0,3 % gegenüber dem Vorjahr ausgegangen werden (vgl. Abb. 3).

2012: Kein Abgleiten in die Rezession

Im Jahr 2012 dürften die Exporte maßgeblich durch die nachlassende Nachfragedynamik sowie die in vielen Staaten notwendigen Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte aufgrund der europäischen Schuldenkrise belastet werden. Darüber hinaus dürfte die hohe Unsicherheit dämpfende Effekte auf die Ausstattungsinvestitionen haben. In der aktuellen Prognose des ifo INSTITUTS wird im Basisszenario unterstellt, dass die Weltwirtschaft gegen Ende des Jahres 2012 langsam wieder Tritt fassen wird und die wachsende Zuversicht unter den deutschen Unternehmen die Investitionsnachfrage nach und nach günstig beeinflusst.

Die zu erwartende Schwäche von Investitions- und Exportnachfrage im aktuellen Jahr belastet insbesondere die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in der ostdeutschen Industrie dürfte im Jahr 2012 nur noch um 1,7 % zunehmen (vgl. Abb. 2). Für das Baugewerbe Ostdeutschlands wird nach den positiven Sondereinflüssen des abgelaufenen Jahres eine Rückkehr auf den normalen Verlaufspfad der Produktion erwartet. Der Wohnungsbau dürfte im aktuellen Jahr von dem Umstand profitieren,

Abbildung 3: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2011), Arbeitskreis ETR des Bundes der Länder (2011); 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

dass er als werterhaltende Kapitalanlageform gilt. Zudem bleiben die Hypothekenzinsen weiterhin günstig. Gebremst werden die Wohnungsbauinvestitionen jedoch durch die sinkenden Einwohnerzahlen sowie die zunehmende Alterung der ostdeutschen Bevölkerung. Dämpfende Impulse hingegen gehen vom Wirtschaftsbau aus, weil die Industrieunternehmen aufgrund der gesteigerten Unsicherheit Erweiterungsinvestitionen zunächst einmal aufschieben werden. Auch vom öffentlichen Bau werden trotz besserer Haushaltslage der Kommunen keine nennenswerten Impulse erwartet, da zunächst die Haushaltskonsolidierung im Vordergrund steht. Somit dürfte sich die öffentliche Bausparte eher auf niedrigem Niveau stabilisieren. Der größere Stellenwert des Wirtschaftsbaus führt dazu, dass die reale Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe im laufenden Jahr voraussichtlich um 0,4 % sinken wird (vgl. Abb. 2).

Stabilisierend wirken im Jahr 2012 vor allem die privaten Konsumausgaben aufgrund der durch die Lohnabschlüsse dieses Jahres bedingten Einkommenssteigerungen. Davon dürften vor allem die Unternehmen aus dem Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr profitieren. Der Großhandel sowie der Transportsektor können sich der Abschwächung der konjunkturellen Dynamik in der Industrie hingegen nicht entziehen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr Ostdeutschlands wird im Jahr 2012 voraus-

sichtlich um 1,0 % expandieren (vgl. Abb. 2). Ein Rückgang des Wachstumstempos wird auch für die Bereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie die öffentlichen und privaten Dienstleister erwartet.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (mit Berlin) wird im aktuellen Jahr voraussichtlich um 0,5 % und damit geringfügig stärker als in Deutschland insgesamt steigen (vgl. Abb. 3). Maßgeblich hierfür ist die spezifische Ausrichtung der ostdeutschen Industrie auf die heimischen Märkte. Mit nachlassendem gesamtwirtschaftlichem Expansionstempo dürfte sich die Zahl der Erwerbstätigen im laufenden Jahr auf dem letztjährigen Niveau stabilisieren.

Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

2011: Strukturelle Besonderheiten entscheidend

Die konjunkturelle Entwicklung in Sachsen folgt in ihrem Verlauf weitgehend dem auch in Ostdeutschland insgesamt bestehenden Muster. Laut den vorläufigen Angaben der amtlichen Statistik erhöhte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Sachsens im ersten Halbjahr 2011 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,8 % und somit um etwa einen halben Prozentpunkt stärker als im ostdeutschen Durchschnitt (einschließlich Berlin).

Für das gesamte Jahr 2011 prognostiziert das IFO INSTITUT einen Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 2,7 % (vgl. Abb. 4). Demnach dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Freistaat Sachsen auch im Gesamtjahr 2011 etwas stärker zugenommen haben als im ostdeutschen Durchschnitt.

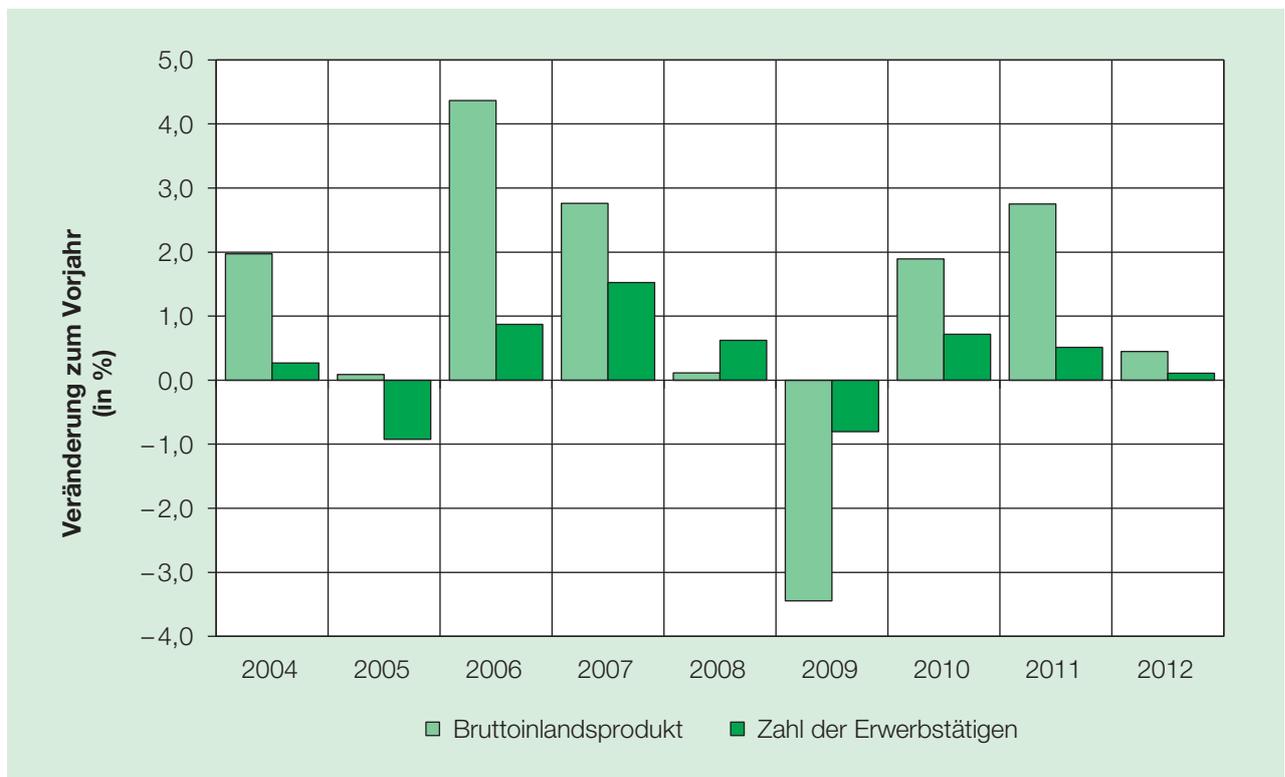
Der Grund hierfür liegt insbesondere im höheren Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes einerseits sowie dessen stärkerer überregionalen Orientierung und der Spezialisierung auf Investitionsgüter andererseits. Durch diese strukturellen Besonderheiten konnte Sachsen in stärkerem Umfang als Ostdeutschland insgesamt an der günstigen Exportdynamik und der inländischen Investitionsgüternachfrage partizipieren. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2011 expandierte der kumulative Umsatz im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe nach Angaben der amtlichen Statistik um 13,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum (vgl. Tab. 1). Die Entwicklung des ifo Geschäftsklimaindex für den Freistaat Sachsen deutet jedoch auf eine nachlassende Dynamik im vierten Quartal hin. Alles in allem dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes in Sachsen im vergangenen Jahr um insgesamt 9,4 % gestiegen sein (vgl. Abb. 5).

Von der günstigen Industriekonjunktur profitierte auch das sächsische Baugewerbe. Nach Berechnungen des IFO INSTITUTS stieg die reale Bruttowertschöpfung im ersten Halbjahr 2011 um knapp 10,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Diese Dynamik konnte in der zweiten Jahreshälfte offenkundig nicht gehalten werden; für das Gesamtjahr ist ein Zuwachs um 3,8 % zu erwarten (vgl. Abb. 5). Neben dem Bausektor dürften vor allem die Großhändler, der Transportsektor sowie die unternehmensnahen Dienstleister von der Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens profitiert haben.

2012: Expansion im gesamtdeutschen Durchschnitt

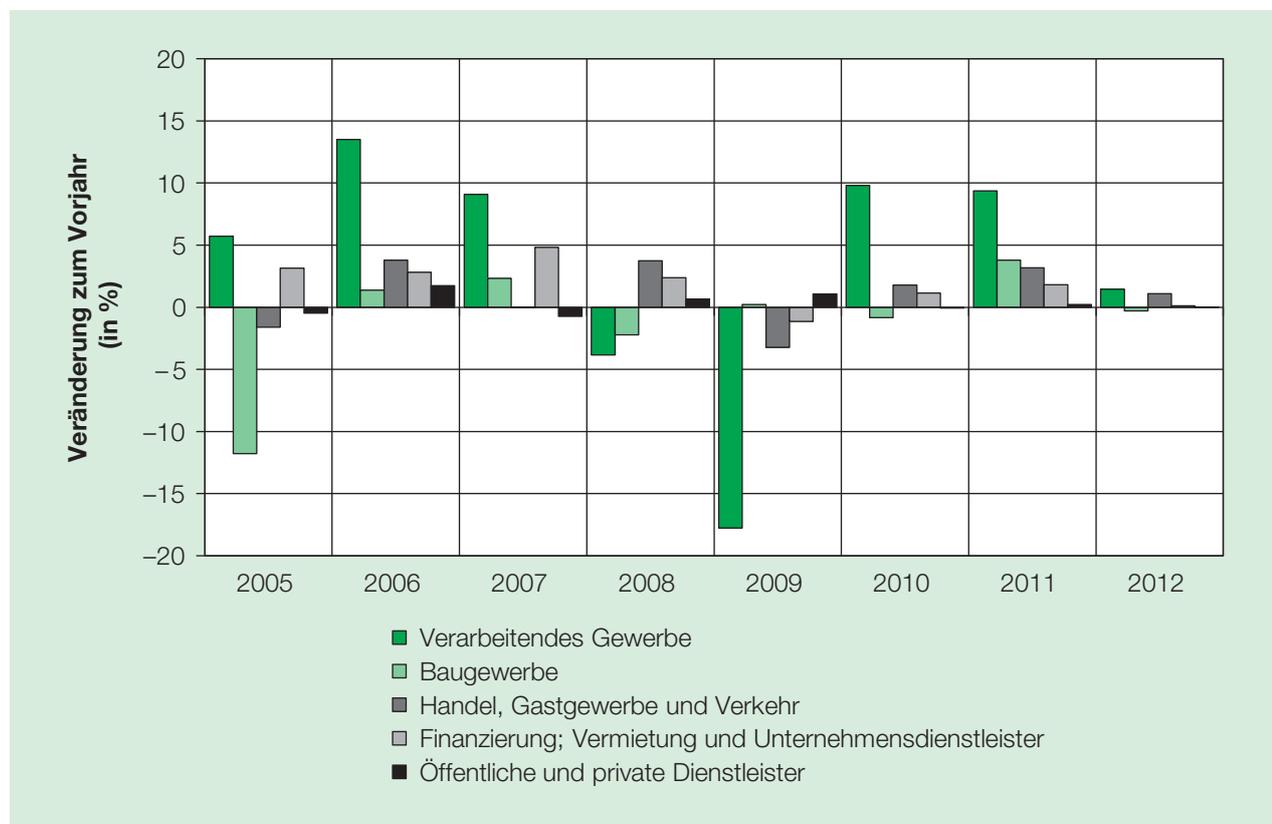
Die gesamtwirtschaftliche Dynamik wird sich im aktuellen Jahr 2012 deutlich verlangsamen. Das sächsische Verarbeitende Gewerbe dürfte aufgrund seiner stärkeren Ausrichtung auf Auslandsmärkte im Vergleich zu Ostdeutschland die Belastung der Exporte deutlicher zu spüren bekommen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der sächsischen Industrie wird deshalb voraussichtlich um nur noch 1,5 % zunehmen. Verbunden mit dieser gedämpften Entwicklung dürften sich auch die Zuwachsraten der industrienahen Wirtschaftsbereiche

Abbildung 4: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2011), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2011); 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2011); 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

abschwächen. Das sächsische Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2012 nach der Prognose des IFO INSTITUTS voraussichtlich um 0,4 % zunehmen.

Angesichts der wirtschaftlichen Dynamik im vergangenen Jahr dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2011 um 0,5 % angestiegen sein. Für das Jahr 2012 prognostiziert das IFO INSTITUT hingegen nur noch einen leichten Zuwachs um 0,1 % (vgl. Tab. 3).

Entwicklung auf dem sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt

Der ostdeutsche Arbeitsmarkt zeigte im Jahr 2011 eine anhaltend positive Entwicklung. So stieg die offizielle Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland nach den Ergebnissen des ARBEITSKREISES ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER in den ersten drei Quartalen 2011 um ca. 0,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum [vgl. STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (2011)]. Im Osten wurden damit zwar nicht westdeutsche Zuwachsraten erreicht (1,3 %) und das IFO INSTITUT rechnet für das Gesamtjahr 2011 nur mit einem Beschäftigungswachstum von 0,3 % (vgl. Tab. 3), aber

es konnte damit im fünften Jahr in Folge eine Beschäftigungszunahme in Ostdeutschland beobachtet werden. In Sachsen dürfte die Zunahme der Erwerbstätigen in 2011 mit 0,5 % geringfügig höher ausgefallen sein als in Ostdeutschland insgesamt, da der Freistaat aufgrund seiner stärker exportorientierten Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe mehr vom Aufschwung profitierte. In der letzten Konjunkturprognose war das IFO INSTITUT noch von einem Beschäftigungszuwachs von 0,7 % in Ostdeutschland und 0,9 % in Sachsen ausgegangen. Die aktuelle Absenkung der Beschäftigungsprognose für das Jahr 2011 ist vor allem der zunehmenden Unsicherheiten der Unternehmen in Folge der Euro- bzw. Staatsschuldenkrise geschuldet. Diese führt tendenziell zu Investitionsaufschüben wodurch weitere Stellenschaffungen verhindert wurden.

Auch für das Jahr 2012 mussten die Prognosen aufgrund der nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik und den zunehmenden Unsicherheiten nach unten korrigiert werden. In Ostdeutschland wird sich das Beschäftigungsniveau 2012 wohl auf dem vergangenen Niveau von 2011 stabilisieren. Ähnliches gilt für Sachsen. Hier rechnet das IFO INSTITUT für das Jahr 2012 noch mit einer minimalen Zunahme der Beschäftigung von 0,1 %. Für

Tabelle 3: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr in % ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,5	0,5	1,9	2,7	0,4
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	2,5	2,5	0,5	2,2	3,0	0,5
Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes	9,5	8,4	1,7	9,8	9,4	1,5
Bruttowertschöpfung des Baugewerbes	0,8	3,3	-0,4	-0,8	3,8	-0,3
Bruttowertschöpfung Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,1	2,9	1,0	1,8	3,2	1,1
Bruttowertschöpfung Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistung	1,7	1,7	0,3	1,1	1,8	0,1
Bruttowertschöpfung öffentliche und private Dienstleister	0,6	0,2	0,0	-0,1	0,2	0,0
Zahl der Erwerbstätigen	0,7	0,3	0,0	0,7	0,5	0,1

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2011), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2011); 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

Gesamtdeutschland prognostiziert das ifo INSTITUT eine anhaltende Zunahme der Erwerbstätigen von 0,5 % für das Jahr 2012 (Prognose vom Juni 2011: 1,3 %). Durch die weiterhin gute und stabile Lage am Arbeitsmarkt werden wohl auch die Löhne im Zuge der kommenden Tarifrunden steigen. Zusätzlich bewirkt die Absenkung des Rentenbeitragssatzes zu Jahresbeginn 2012 eine Erhöhung der Nettoeinkommen. Dies könnte zusätzliche Wachstumsimpulse für die ostdeutsche Wirtschaft mit sich bringen, da diese im Vergleich zu Westdeutschland eine stärkere Inlandsausrichtung aufweist und somit eher von einer steigenden Binnennachfrage profitiert.

Die stabile Situation am sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt scheint vor allem durch den unternehmensnahen Dienstleistungsbereich getragen zu werden. Wie die Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT zeigen, erhöhte sich im Zeitraum von Juli bis September 2011 die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in diesem Sektor um nahezu 9,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. In Sachsen lag der Zuwachs sogar bei über 12 % (vgl. Abb. 6).

Ähnliches gilt für die Bereiche „Verkehr und Lagerei“ (Ostdeutschland: 4,8 %; Sachsen: 4,1 %) sowie „Information und Kommunikation“ (Ostdeutschland: 5,7 %; Sachsen: 5,4 %). Ausschlaggebend für diese positiven Zuwachsraten dürfte vor allem die weiterhin gute

Auftrags- und Beschäftigungssituation der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2011 gewesen sein. In diesem Wirtschaftsbereich lag das Beschäftigungsplus gegenüber dem Vorjahreszeitraum im dritten Quartal 2011 bei 3,7 % in Ostdeutschland und 4,4 % in Sachsen. Die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes als Wachstumstreiber für den ostdeutschen und sächsischen Arbeitsmarkt ist damit auch in diesem Aufschwung deutlich sichtbar geworden. Durch die deutlichen Beschäftigungszuwächse unterstrich dieser Wirtschaftssektor seine führende Position im Hinblick auf die Beschäftigtenanteile. Im dritten Quartal 2011 waren in Sachsen über 20 % aller sozialversicherten Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe tätig, in Ostdeutschland waren es fast 17 %. In Ostdeutschland ist der Bereich der „Wirtschaftlichen Dienstleistungen“ durch relativ hohe Beschäftigungszuwächse in der Vergangenheit allerdings nahezu auf einen identischen Beschäftigungsanteil gewachsen (15 %). In Sachsen dagegen dominiert weiterhin das Verarbeitende Gewerbe (20 % gegenüber 14 %). Die größten Zuwachsraten im Vorjahresvergleich verzeichnete 2011 wiederholt die Arbeitnehmerüberlassung. Dieser Wirtschaftsbereich zeigt in Abschwüngen den höchsten Beschäftigungsabbau, aber zugleich auch die mit Abstand größten Zuwächse in gesamtwirtschaftlichen Aufschwüngen. In Sachsen lag das Plus im dritten

Quartal 2011 bei fast 38 %, in Ostdeutschland bei über 30 %. Der Beschäftigungsanteil dieses Sektors (3,6 %) überstieg damit in Sachsen wiederholt den des Gastgewerbes (3,1 %). In Ostdeutschland liegt er noch darunter (3,2 % gegenüber 3,7 %). Daran zeigt sich, dass Unternehmen das Instrument der Leiharbeit vor allem nutzen, um konjunkturelle Schwankungen auszugleichen.

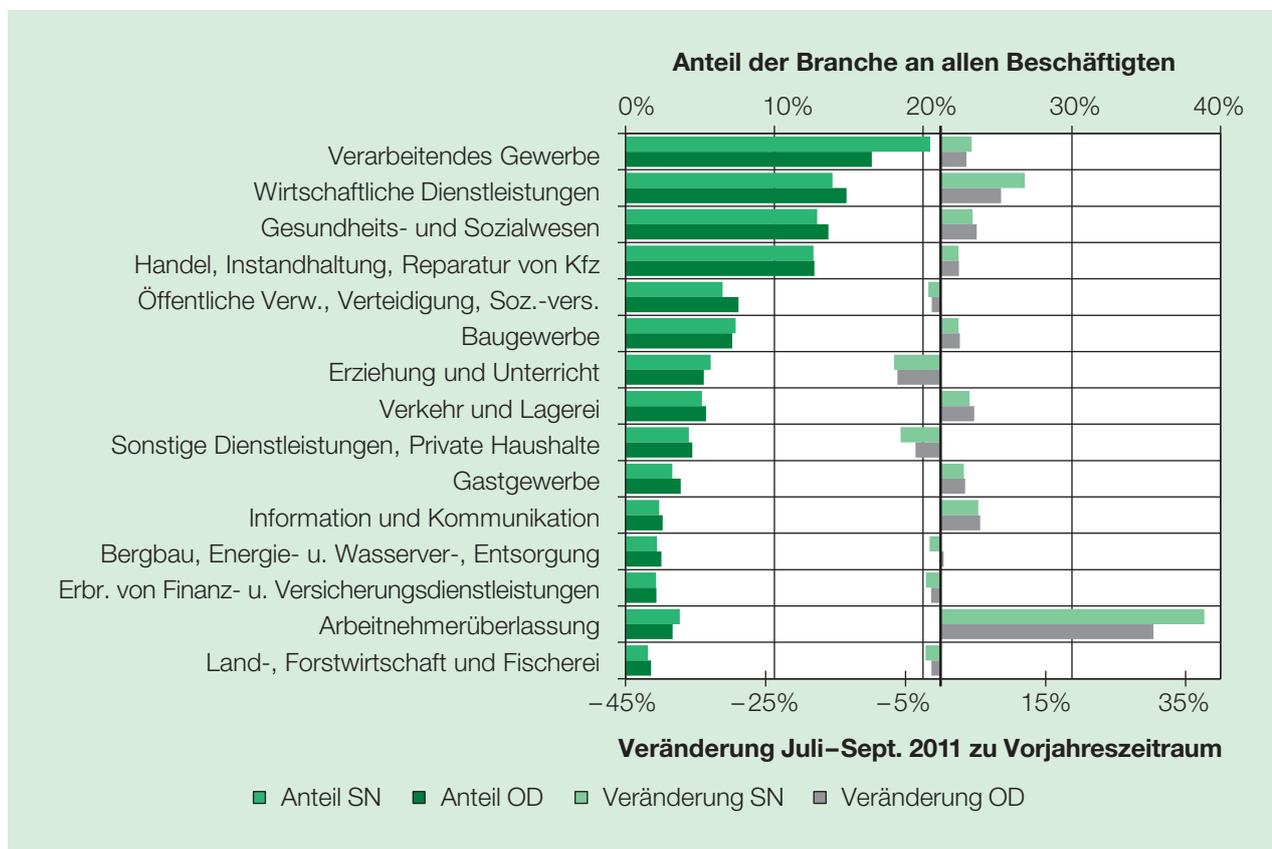
In einigen Wirtschaftsbereichen wurde aber auch im anhaltenden Aufschwung 2011, entgegen dem allgemeinen Trend, Beschäftigung abgebaut. Dies betrifft von den größeren Sektoren vor allem die „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ sowie den Bereich „Erziehung und Unterricht“. Im „Gesundheits- und Sozialwesen“ wurde im Quartalsvergleich 2011 hingegen Beschäftigung aufgebaut. Hintergrund ist hier wahrscheinlich der zunehmende Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Haushalte, welcher sich durch das Auslaufen des Solidarpaktes II bis 2019 und das Greifen der staatlich verordneten Schuldenbremse ergibt. Gleichzeitig sehen sich die ostdeutschen Länder aber zunehmend den Herausforderungen des demographischen Wandels gegenübergestellt, wobei die knapper werdenden öffentlichen Mittel neu verteilt werden

müssen. Zukünftig wird die soziale und gesundheitliche Versorgung der alternden Bevölkerung kontinuierlich an Bedeutung gewinnen, wodurch in anderen Bereichen tendenziell Mittel gespart werden müssen.

Arbeitslosenquoten bleiben auch 2012 einstellig

Für das Jahr 2012 rechnet das IFO INSTITUT aktuell mit einer stabilen Lage am deutschen Arbeitsmarkt auf dem Niveau des vergangenen Jahres. Für Gesamtdeutschland wird für das Jahr 2012 eine Arbeitslosenquote von 6,7 % prognostiziert [vgl. NIERHAUS (2012)]. Dies bedeutet gegenüber 2011 einen weiteren Rückgang um 0,4 Prozentpunkte. Auch in Ostdeutschland und Sachsen ist 2012 von einem weiteren moderaten Rückgang der Arbeitslosigkeit auszugehen. Von Dezember 2004 bis Dezember 2011 sank die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland von 18,5 % auf 10,6 % [vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2012a)]. In Sachsen war sogar ein Rückgang von 18 % auf 9,8 % zu beobachten. Im laufenden Jahr ist damit zu rechnen, dass sich die Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland und Sachsen im einstelligen

Abbildung 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen und Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2012b), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Bereich einpendeln werden. In den Sommermonaten sind in Sachsen sogar Arbeitslosenquoten von unter 9,0 % möglich. In Ostdeutschland insgesamt kann 2012 erstmalig seit der Wiedervereinigung eine einstellige, mittlere jährliche Arbeitslosenquote erreicht werden. Dieser Trend dürfte auch mittelfristig anhalten, da in Ostdeutschland und Sachsen das Erwerbspersonenpotenzial in den nächsten Jahren deutlich stärker zurückgehen wird als in Westdeutschland [vgl. RAGNITZ (2011)]. Dies bedeutet, dass selbst eine stagnierende Beschäftigungsentwicklung zu weiter sinkenden Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland führen dürfte.

Literatur

- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2011): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2010, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand August 2010/Februar 2011, erschienen im März 2011.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2011): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraum-Regionen Deutschlands 1991 bis 2010, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand August 2010/Februar 2011, erschienen im März 2011.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2012a): Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen, Deutschland nach Ländern Dezember 2011, Nürnberg, Januar 2012.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2012b): Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftlicher Gliederung (WZ 2008) Dezember 2011, Nürnberg, Januar 2012.
- NIERHAUS, W. (2012): Deutschlandprognose 2011/2012: Deutsche Wirtschaft von Schuldenkrise ausgebremst. In: ifo Dresden berichtet 1/2012; S. 4–10.
- RAGNITZ, J. (2011): Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung: Implikationen der demographischen Entwicklung für den ostdeutschen Arbeitsmarkt. In: ifo Dresden berichtet 2/2011; S. 3–6.
- STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) (2011): Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen im III. Quartal 2011 um 0,8 Prozent, Anlage zur Presseinformation Nr. 104/2011, Schwerin, Dezember 2011.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2011a): Auftragseingang, Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten. Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 23. Dezember 2011.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2011b): Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Oktober 2011, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, erschienen im Dezember 2011.

¹ Die so genannten Monatsmelder umfassen alle Baufirmen mit 20 und mehr tätigen Personen.

Gesamtwirtschaftliche Effekte verminderter Transferzahlungen für die ostdeutschen Bundesländer

Michael Kloß, Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Gerhard Untiedt*

Motivation

Mit dem Auslaufen der gegenwärtigen Förderperiode wird eine Neuabgrenzung von EU-Fördergebieten für die Strukturfondsförderperiode 2014–2020 erforderlich. Bislang gelten die ostdeutschen Länder nahezu flächendeckend als Fördergebiete, ab 2014 hingegen werden sie aller Voraussicht nach nur noch als „Übergangsregionen“ eine eingeschränkte Förderung in Anspruch nehmen können. Dies ist zumindest zu erwarten, wenn wie bisher die regionale Wirtschaftskraft [gemessen als Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner in Kaufkraftstandards] zur Klassifizierung der Regionen herangezogen wird. Problematisch an dem verwendeten Indikator ist jedoch der Umstand, dass das BIP je Einwohner auch abhängig ist von den Transfer- bzw. Ausgleichszahlungen, welche die ostdeutschen Bundesländer von der EU, dem Bund und von den westdeutschen Geberländern im Finanzausgleich erhalten. Derartige Zahlungsströme stützen die regionale Nachfrage und führen auf diesem Wege zu einer Steigerung des regionalen BIP; gleichzeitig wirken vor allem die investiven Zahlungen über ihren Einfluss auf die Investitionen auf eine Erhöhung des Produktionspotenzials hin, wodurch das Niveau des BIP zusätzlich angehoben wird. Die „originäre“ Wirtschaftskraft der ostdeutschen Bundesländer dürfte daher niedriger liegen als es der gewählte Indikator BIP je Einwohner zunächst suggeriert.

Der Umfang der für Ostdeutschland geleisteten Zahlungen wird aufgrund diskretionärer Anpassungen (bspw. bei der Wirtschaftsförderung) oder politischer Festlegungen (degressive Ausgestaltung des Solidarpaktes II) in den kommenden Jahren abnehmen. Es wird vielfach befürchtet, dass dies zu einer Verringerung des Wohlstandsniveaus führt, sodass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einzelner Regionen in den ostdeutschen Bundesländern durch die Verwendung historischer Werte für das BIP je Einwohner überzeichnet ist und eine Neuabgrenzung der Fördergebiete die Gegebenheiten in der Förderperiode nicht korrekt widerspiegeln würde.

Vor diesem Hintergrund hat das IFO INSTITUT (Niederlassung Dresden) zusammen mit der GESELLSCHAFT FÜR FINANZ- UND REGIONALANALYSEN (GEFRA) untersucht, inwieweit eine Kürzung der Ausgleichszahlungen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der ostdeutschen

Bundesländer beeinflussen wird [vgl. KLOSS et al. (2012)]. Der vorliegende Beitrag fasst die wesentlichen Ergebnisse der Studie zusammen.

Methodik und Annahmen

Grundlage für die Berechnungen der Auswirkungen veränderter Transferzahlungen bildet eine möglichst detaillierte Zusammenstellung und Fortschreibung der relevanten Zahlungsströme. Dafür lassen sich in Anlehnung an frühere Studien [vgl. BLUM et al. (2009)] die Transferleistungen nach vier verschiedenen Kategorien klassifizieren [vgl. KLOSS et al. (2012)]:

- **Steuer- und Finanzausgleichszahlungen:** Hierunter fallen die Finanzmittel im Rahmen des Länderfinanzausgleiches (LFA) sowie die ergänzenden Bundesergänzungszuweisungen (Allgemeine BEZ zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs und Pol-BEZ¹).
- **Sozialausgaben:** In diese Kategorie fallen die Ausgleichszahlungen im Rahmen der Sozialversicherung sowie die Sozialausgaben des Bundes (einschließlich der Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich von Sonderlasten der strukturellen Arbeitslosigkeit).
- **Ausgaben für allgemeine bundesstaatliche Aufgaben:** In dieser Gruppe sind die Ausgaben des Bundes enthalten, die der Erfüllung allgemeiner staatlicher Aufgaben dienen (Verteidigung, Städtebau etc.).
- **Wachstumsorientierte Ausgaben:** Bei diesen Finanzzuweisungen handelt es sich um alle Mittel, welche den ostdeutschen Bundesländern zur Beseitigung ihrer wirtschaftlichen Strukturschwäche gewährt werden. Dazu zählen u. a. die Investitionszulage sowie die investiven Bestandteile der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) für die neuen Länder, aber auch die Zahlungen aus den Europäischen Strukturfonds.

Neben den Zahlungsströmen selbst musste auch der von ihnen jeweils ausgehende Wirkungskanal (nachfrage- oder angebotsseitig) näher spezifiziert werden. Vereinfacht lassen sich die Transferleistungen nach drei

* Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts. Prof. Dr. Gerhard Untiedt ist Geschäftsführender Gesellschafter der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen (GEFRA) Münster. Michael Kloß und Robert Lehmann sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

wesentlichen Wirkungskanälen unterteilen. In die erste Kategorie fallen solche Zahlungen, welche direkt den privaten Haushalten zufließen und damit deren verfügbares Einkommen erhöhen. Die zweite Gruppe bilden öffentliche Leistungen, die im Wesentlichen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zufließen und über diesen Weg nachfragesteigernd wirken. Die dritte Kategorie umfasst schließlich Zahlungen, welche für den Infrastrukturausbau, die Investitionsförderung und die Bereiche Bildung sowie Forschung und Entwicklung (FuE) verausgabt werden.

Neben der expliziten Einteilung in nachfrage- und angebotsseitig wirkende Zahlungsströme mussten aufgrund von Datenproblemen weitere Annahmen gesetzt werden. Dies betrifft vor allem die Zahlungen, welche investiv verwendet werden. Dabei können diese angebotssteigernden bzw. wachstumsorientierten Zahlungen entweder vom Staat direkt umgesetzt (Infrastrukturausgaben) oder an verschiedene Akteure (Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Hochschulen etc.) verteilt werden. Sie verstärken die Investitionstätigkeit in den privaten und öffentlichen Kapitalstock, leisten einen Beitrag zur Durchführung von FuE in Ostdeutschland und tragen zum Aufbau der Humanressourcen bei. Da die geleisteten Zahlungen an unterschiedliche Gruppen wohl zu verschiedenen Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Leistung führen, musste ein geeigneter Verteilungsschlüssel für die angebotsseitigen Transfers gefunden werden.² Mangels Verfügbarkeit geeigneter Daten wird hier vereinfachend unterstellt, dass die Aufteilung auf die einzelnen Interventionskategorien in Zukunft weiterhin der heutigen entspricht. Solch eine Approximation wird aber nicht fern der Realität sein, da wesentliche Teile der ostdeutschen staatlichen Interventionen mit EU-Strukturfondsmitteln kofinanziert werden.

Die einzelnen Zahlungsströme wurden schließlich unter Berücksichtigung bereits getroffener politischer Festlegungen und der zu erwartenden Entwicklung der institutionellen Rahmenbedingungen bis ins Jahr 2020 fortgeschrieben. Eine detaillierte Beschreibung der Vorgehensweise findet sich in KLOSS et al. (2012). Auf Basis der fortgeschriebenen Zahlungsströme und den einzelnen Wirkungskanälen wurden anschließend Simulationsrechnungen erstellt, mit denen die Auswirkungen der veränderten Transferzahlungen auf verschiedene volkswirtschaftliche Aggregate quantifiziert werden können.

Die Simulationsrechnungen basieren auf einer Modellvariante des HERMIN-Modells der GEFRA für Ostdeutschland, welches ursprünglich zur Modellierung der Interventionen der EU-Strukturfonds entwickelt worden ist.³ In seiner aktuellen Version wurde das Modell dahingehend erweitert, dass auch nachfrageseitige Interventionen über den Sektor der privaten Haushalte

und den Staatssektor integriert sind. Somit beruhen die Simulationsergebnisse auf einem makroökonomischen Mehrsektoren-Modell, bei dem sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Einflüsse auf die Wirtschaftsentwicklung in einer Region betrachtet werden können. Ostdeutschland (mit Berlin) wird dabei als eine kleine, extrem offene Volkswirtschaft modelliert, weil ein Großteil der heimischen Nachfrage ins „Ausland“ abfließt und zum Import von Gütern und Dienstleistungen verwendet wird.

Nachfolgend wird von einzelwirtschaftlichen Auswirkungen abstrahiert und lediglich die gesamtwirtschaftliche Wirkung einer Veränderung der Transferströme auf die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in Ostdeutschland untersucht. Zu beachten ist dabei, dass die aufgeführten Ergebnisse relative Abweichungen in den volkswirtschaftlichen Variablen bezogen auf ein Basisszenario darstellen. Die gesamtwirtschaftliche Untersuchung der Wirkungen besteht aus einer Analyse für den Zeitraum 2010 bis 2020. Während in dem Basisszenario die jeweiligen Transferleistungen auf dem Niveau des Jahres 2009 belassen werden, nutzt das Alternativszenario die fortgeschriebenen Zahlungsströme [vgl. KLOSS et al. (2012)].

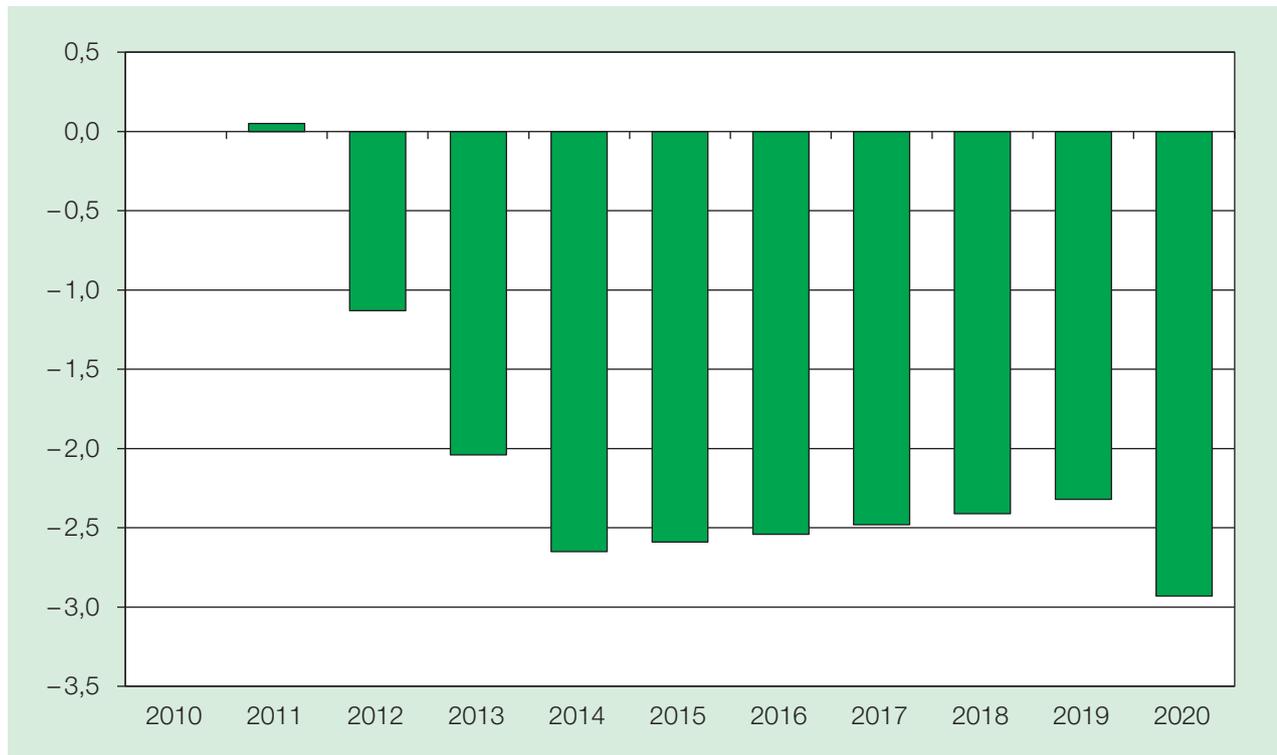
Ergebnisse für diverse volkswirtschaftliche Aggregate

Zunächst ist bedeutsam, dass die nachfolgenden Resultate für die volkswirtschaftlichen Größen korrekt interpretiert werden. In der Vergangenheit sind die langanhaltenden Wirkungen der staatlichen Interventionen auf das Niveau des BIP (wie sie mit dem HERMIN-Modell und auch anderen Modellen ermittelt werden) häufig mit den mehr transitorischen Wirkungen auf die Wachstumsrate des BIP verwechselt worden, was zu einiger Konfusion geführt hat. HERMIN untersucht die Wirkungen der Interventionen, hier den Rückgang der Transfers, auf das Niveau des BIP. Es ist offensichtlich, dass durch die Transfers die Wachstumsrate des BIP temporär beeinflusst wird, relativ zu der Wachstumsrate der Basislösung. Aber es ist nicht sinnvoll, in das HERMIN- oder in irgendein anderes Modell die Annahme einzubringen, dass die Wachstumsrate einer Volkswirtschaft durch ein temporäres Programm dauerhaft erhöht oder gesenkt wird.

Abbildung 1 zeigt die für die Simulation zugrundegelegten Transferrückgänge als Abweichungen zur Basislösung für die Jahre 2010 bis einschließlich 2020.

Im Jahr 2011 gibt es noch einen leichten positiven Impuls von etwa 0,05 %. In den Folgejahren ist der Effekt stets negativ und in seiner Höhe bis einschließlich 2014 zunehmend. Grund hierfür sind vor allem die degressiv abnehmenden Transferleistungen aus dem Solidarpakt II.

Abbildung 1: Transferrückgang in % des Bruttoinlandsprodukts 2010 bis 2020 als Abweichungen zum Basisszenario



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts und der GEFRA.

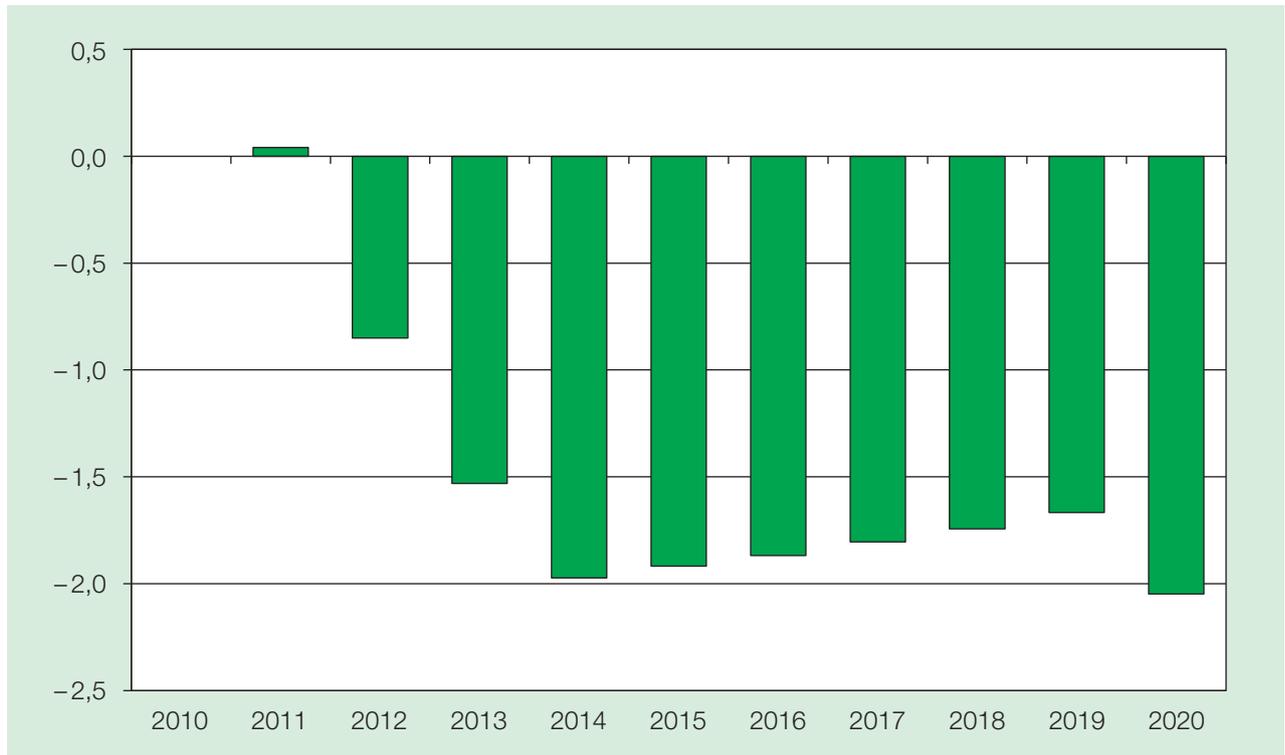
Insbesondere die Sonderbedarfsergänzungszuweisungen zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten, welche einen großen Anteil an den gesamten Transferleistungen besitzen, verringern die Zahlungen zugunsten Ostdeutschlands in ihrer Gesamtheit deutlich. Darüber hinaus läuft die Investitionszulage aus, was zu einer Verringerung der Subventionen für Investitionsprojekte in den ostdeutschen Bundesländern führt. Zudem dürfte sich in den Jahren 2011 bis einschließlich 2014 ein hier unterstellter Sondereffekt zeigen, da entsprechend der Vorgaben der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes mit einer Verringerung der Sozialausgaben in diesem Zeitraum zu rechnen ist [vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG (2010)]. Ab 2015 dürfte dann der Transferrückgang bis zum Jahre 2019 graduell zurückgehen, was darauf zurückzuführen ist, dass die auslaufenden Mittel des Solidarpaktes II teilweise endogen durch andere Zahlungsströme (Länderfinanzausgleich, Leistungen für die Sozialversicherung etc.) kompensiert werden. Gegenüber dem Basisszenario verbleibt aber weiterhin ein negativer Impuls, welcher im Jahr 2020 mit $-2,9\%$ bezogen auf das BIP in der Basissimulation am größten ist. Zu diesem Zeitpunkt laufen alle zusätzlich gewährten Mittel des Bundes (SoBEZ, Pol-BEZ etc.) aus, wodurch sich die Transferleistungen am Ende des Betrachtungs-

zeitraumes signifikant im Vergleich zum Basisszenario verringern.

Während der Implementierung des Transferrückgangs in den Jahren 2010 bis 2020 ergibt sich ein substanzialer (negativer) Nachfrageschock, der auf die ostdeutsche Wirtschaft einwirkt. In Abbildung 2 ist der Verlauf der Wirkungen auf das BIP abgetragen, wie sie aus den HERMIN-Simulationen hervorgehen.

Auffällig ist, dass der Rückgang im ostdeutschen BIP schwächer ist als der negative Impuls der Transferzahlungen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass einerseits ein Teil der Güterkäufe im „Ausland“ (einschließlich westdeutsche Bundesländer) getätigt wird und andererseits die marginale Konsumquote kleiner als Eins ist, also ein Teil der den privaten Haushalten zufließenden Einkommen gespart wird. Neben diesen nachfrageseitigen Auswirkungen auf das BIP beeinflussen auch die reduzierten investiven Ausgaben die ostdeutsche Wirtschaft negativ. So können aufgrund der geringeren angebotsseitigen Investitionen in Infrastruktur, Humankapital sowie in FuE potenzielle Produktivitätsgewinne nicht verwirklicht werden, worunter die internationale Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft leiden dürfte. Im ersten Jahr ist die Wirkung bezogen auf die Basislösung etwas geringer als $+0,05\%$. Sie wird dann

Abbildung 2: Auswirkungen veränderter Transferleistungen auf das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt 2010 bis 2020 als prozentuale Abweichungen zum Basisszenario



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts und der GEFRA.

kontinuierlich größer negativ, bis im Jahre 2014 ein Wert von $-1,97\%$ erreicht wird. Anschließend nimmt die Wirkung auf das BIP minimal ab und steigt im Jahr 2020 nochmals auf $-2,0\%$ an. Die Simulationsrechnungen ergeben somit einen signifikanten Rückgang des BIP im Vergleich zum Szenario ohne Anpassung der Transferleistungen.

Eine Anpassung der Transferzahlungen wirkt nicht nur auf die gesamtwirtschaftliche Leistung Ostdeutschlands, sondern beeinflusst auch die Erwerbstätigkeit in der hiesigen Wirtschaft (vgl. Abb. 3).

Die Erwerbstätigkeit folgt in ihrem Verlauf dem Bild der BIP-Entwicklung. Der numerische Effekt der veränderten Transferzahlungen ist jedoch größer. Dies ist darauf zurückzuführen, dass aufgrund der reduzierten Nachfrage (insbesondere nach Investitionsgütern) Produktivitätsfortschritte nicht realisiert werden, sodass der Beschäftigungsverlust höher ausfällt. Weiterhin schmälert die sich verschlechternde Wettbewerbssituation der ostdeutschen Wirtschaft die „ausländische“ Nachfrage nach Gütern aus den ostdeutschen Bundesländern. Diese beiden Wirkungskanäle führen dazu, dass die hiesigen Firmen auf die geringere Kapazitätsauslastung ihrer Geräte mit einer Verringerung ihres Personalbestandes reagieren müssen. Dabei bewegt sich der

Rückgang der Erwerbstätigkeit gegenüber der Basislösung zwischen $-1,3\%$ (2012) und $-3,2\%$ im Jahr 2020.

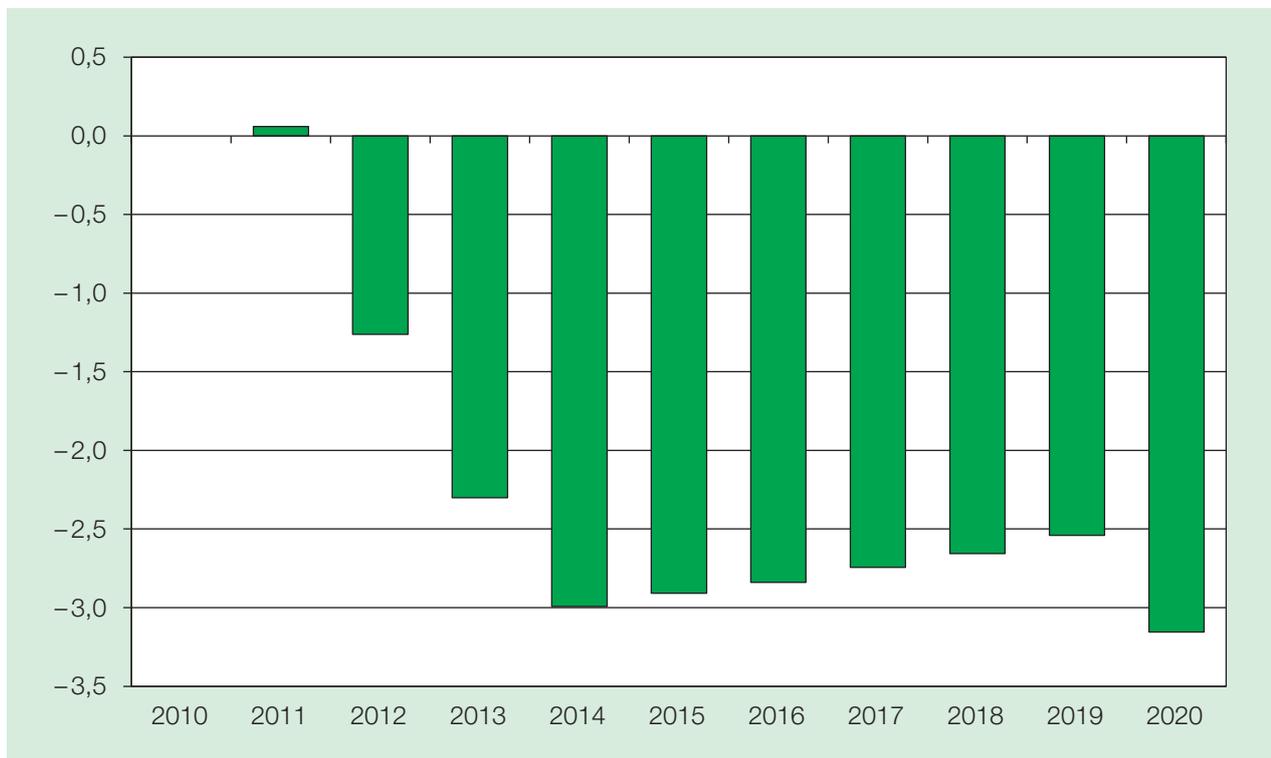
Sektorale Wirkungen

Das HERMIN-Modell erlaubt auch einen Einblick in die sektoral disaggregierten Wirkungen des Rückgangs der Transferzahlungen. Die Aufteilung nach Sektoren wird zu einem großen Teil über Kenntnisse darüber determiniert, inwieweit strukturelle Politikmaßnahmen die verschiedenen produktiven Wirtschaftszweige einer Volkswirtschaft beeinflussen.

Der Landwirtschaftssektor ist im Wesentlichen nicht durch die Transfers betroffen. Darüber hinaus wird der Agrarsektor vornehmlich durch den EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER) beeinflusst und weniger von innerdeutschen Zahlungen zugunsten Ostdeutschlands.

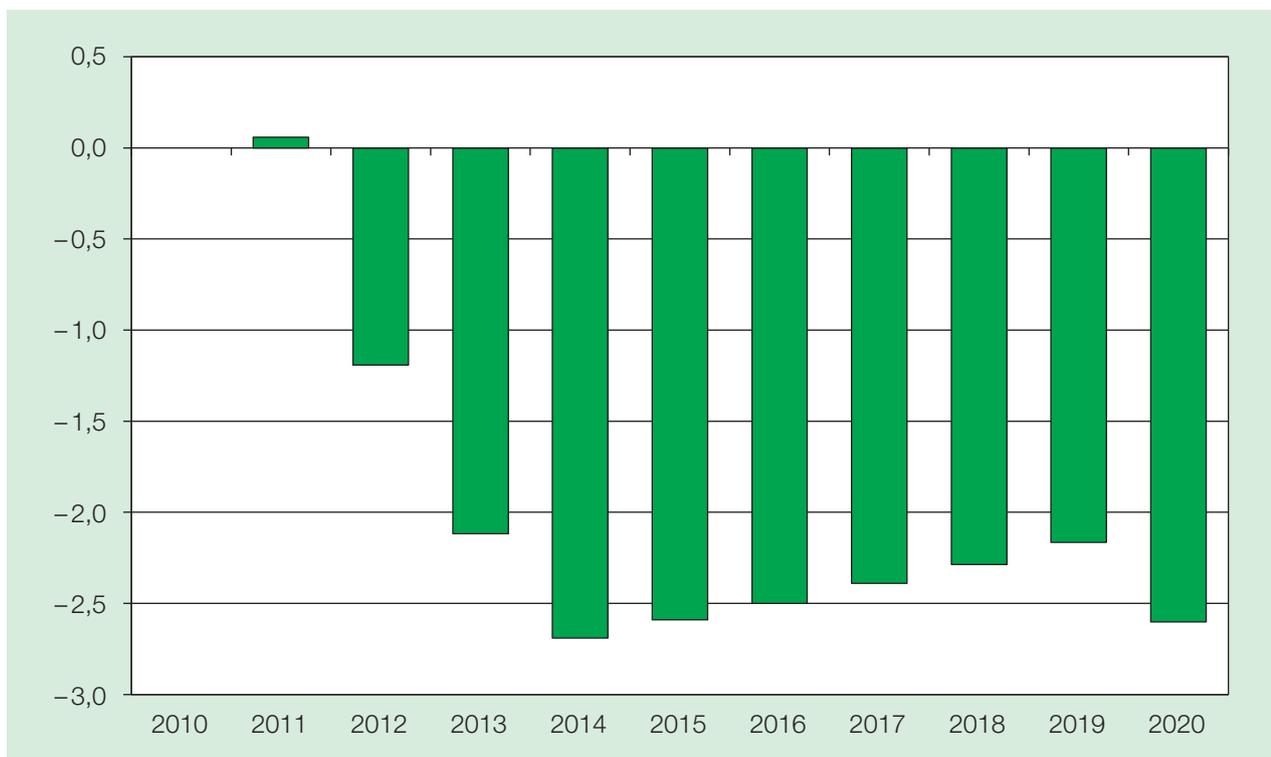
Der Bausektor ist ein wesentliches Instrument zur Umsetzung der mit den Transfers verbundenen Aktivitäten. Viele Investitionsgüter werden durch das Baugewerbe erstellt (Gebäude, Straßen etc.), wodurch eine erhebliche Reduktion der Produktion in diesem Sektor zu erwarten ist (vgl. Abb. 4).

Abbildung 3: Auswirkungen veränderter Transferleistungen auf die ostdeutsche Erwerbstätigkeit 2010 bis 2020 als prozentuale Abweichungen zum Basisszenario



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts und der GEFRA.

Abbildung 4: Auswirkungen veränderter Transferleistungen auf die Produktion im ostdeutschen Bausektor 2010 bis 2020 als prozentuale Abweichungen zum Basisszenario



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts und der GEFRA.

Wenn die Transferimpulse auslaufen, enden auch die induzierten Aktivitäten in diesem Sektor. Die jährliche Reduktion der Produktion im Bausektor beträgt gegenüber dem Basisszenario zwischen $-1,3\%$ (2012) und $-2,7\%$ im Jahr 2014. Damit würde die Bedeutung des Bausektors in Ostdeutschland voraussichtlich weiter sinken, wie dies bereits kontinuierlich seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachten ist.

Die beiden wesentlichen Produktionssektoren des HERMIN-Modells – die Industrie und der Dienstleistungssektor – werden hingegen auf komplexe Weise vom Rückgang der Transferzahlungen und damit einhergehenden Nachfragereduktionen beeinflusst. Dennoch sind diese beiden Sektoren sehr unterschiedlich von den Auswirkungen rückläufiger Transferleistungen betroffen. Insbesondere über das Handelsmuster bzw. die Orientierung der Firmen ergeben sich unterschiedliche Effekte. Während Dienstleistungen überwiegend regional gehandelt werden, sind die Produkte der hiesigen Industrieproduzenten stark dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Dies gilt sowohl für die Exporte auf die Weltmärkte als auch für den nationalen Wettbewerb mit importierten Industriegütern. Da die stärksten Effekte einer Transfer-

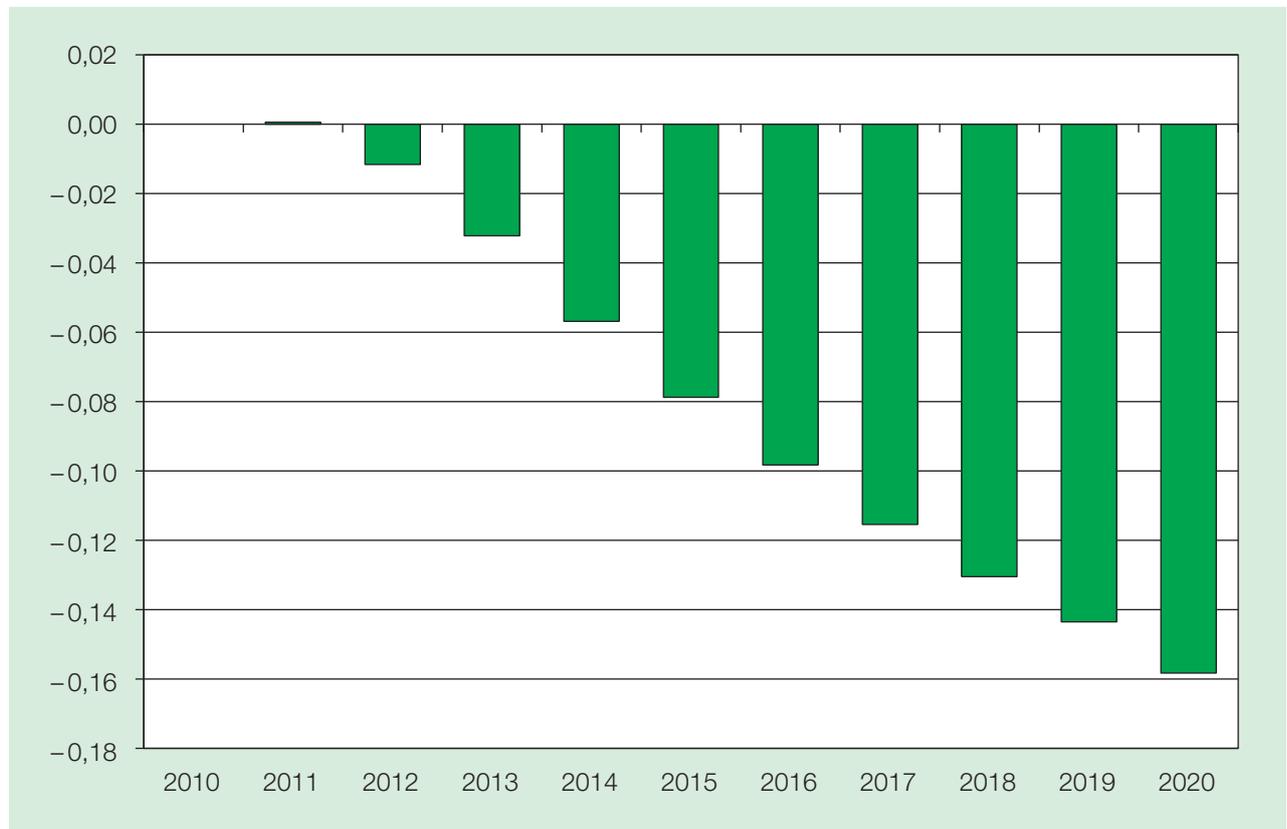
reduktion aus der reduzierten Nachfrage generiert werden, sind die Wirkungen auf die Produktion im Dienstleistungssektor (mit starker Konzentration auf die heimischen Märkte) deutlich negativer als für die Industrie. Verantwortlich für diesen stärkeren Rückgang sind vor allem die sich mit einer Transferreduktion verbundenen Einkommensverschlechterungen der privaten Haushalte.

Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe verringert sich im Betrachtungszeitraum graduell und numerisch eher gering, u. a. weil hier eine Kompensation durch überregionalen Absatz erfolgt (vgl. Abb. 5).

Der maximale Rückgang der Produktion ($-0,16\%$) findet sich, aufgrund der nachlaufenden und langfristig wirkenden angebotsseitigen Effekte, im Jahr 2020. Eine Aussage über diverse Wirtschaftszweige kann mit der aktuellen Modellvariante aber nicht getroffen werden. Es erscheint jedoch plausibel, dass verschiedene Sektoren auch in unterschiedlich starkem Maße von den veränderten Transferzahlungen betroffen sind.

Dem gegenüber sinkt die Produktion im Dienstleistungssektor rasch und kräftig. Bereits 2014 beträgt der Rückgang mehr als $2,5\%$ gegenüber der Basislösung (vgl. Abb. 6).

Abbildung 5: Auswirkungen veränderter Transferleistungen auf die Produktion im ostdeutschen Industrie-sektor 2010 bis 2020 als prozentuale Abweichungen zum Basisszenario



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts und der GEFRA.

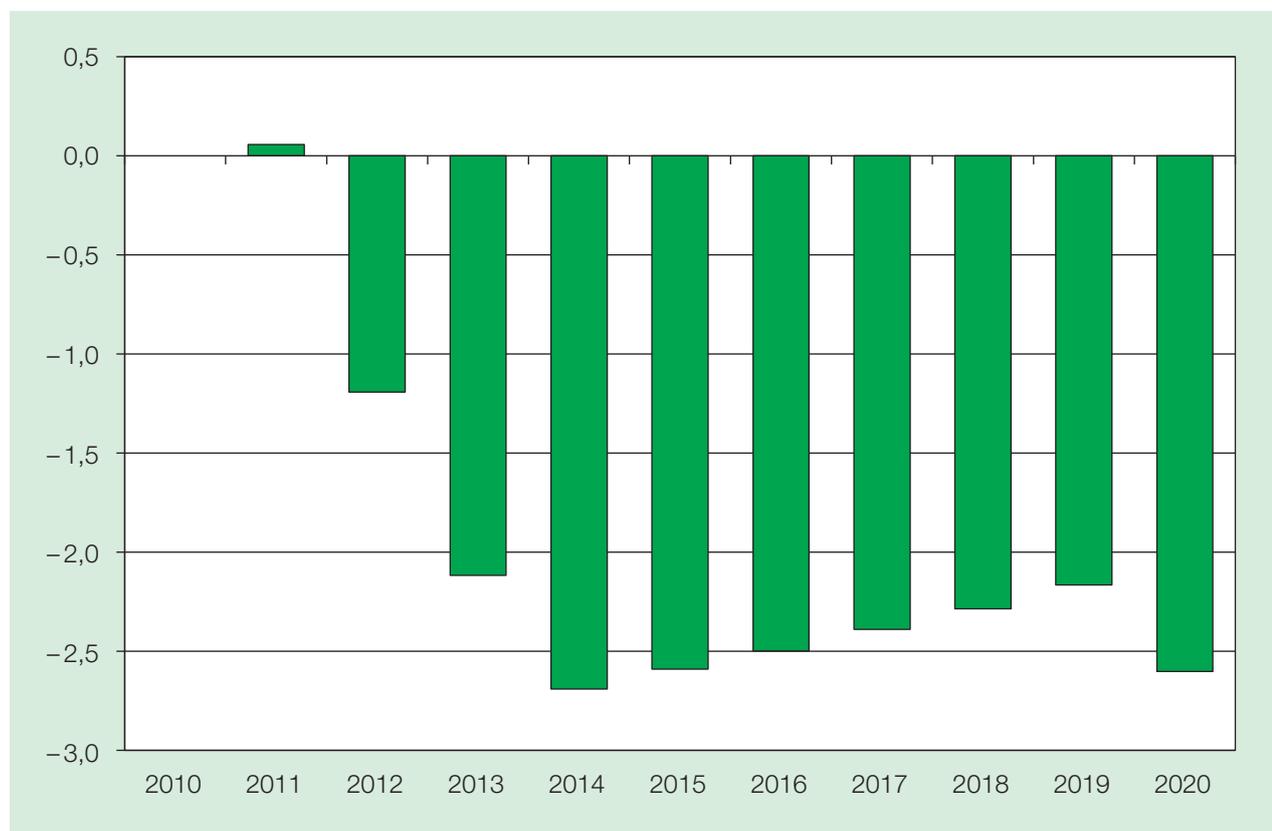
Zusammenfassung und Fazit

Unter Berücksichtigung aller Finanzierungsströme führt der zu erwartende Rückgang der Transferzahlungen um bis zu 3 % jährlich zu einer signifikanten Reduktion der ökonomischen Aktivitäten um jährlich etwa 2 % des ostdeutschen BIP und eine ähnlich große Abnahme der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland. Dass der Rückgang der wirtschaftlichen Leistung weniger stark ausfällt als die Transferkürzung, mag zunächst überraschen, erklärt sich aber durch die hohe Importabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft. Die Verringerung der Nachfrage schlägt sich deswegen zu einem nicht unbeträchtlichen Teil in rückläufigen Einfuhren aus Westdeutschland bzw. dem „Ausland“ nieder und lässt insoweit die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland selbst unberührt. Allerdings werden die dämpfenden Einflüsse dadurch abgemildert, dass analog einem System kommunizierender Röhren insbesondere die Sozialausgaben und die Finanzausgleichsausgaben steigen, wenn die gesamtwirtschaftliche Dynamik abnimmt. Auch die negativen angebotsseitigen Wirkungen sind gering, weil die sogenannten wachstumsrelevanten Ausgaben nur einen

kleinen Teil der Gesamttransfers ausmachen und in gegenseitiger Wechselbeziehung mit anderen Transferkategorien stehen.

Ausgehend von den Simulationsergebnissen kann abschließend die Bedeutung der Transferzahlungen bei der Beurteilung der Förderwürdigkeit der ostdeutschen Bundesländer im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung betrachtet werden. Hier ist auf den Effekt des Transferrückgangs auf das BIP je Einwohner in Kaufkraftstandards abzustellen. Bleibt die Bevölkerung gegenüber dem Basisszenario konstant (die Verringerung der Transfers induziert annahmegemäß keine zusätzliche Migration), führt der errechnete Niveauunterschied im BIP von minus 2 % zu einer Veränderung des Einkommens je Einwohner von ebenfalls minus 2%.⁴ Von EUROSTAT veröffentlichte Zahlen zum BIP je Einwohner in Kaufkraftstandards für das Jahr 2008 weisen für die ostdeutschen Flächenländer bezogen auf die EU-27=100 Indexwerte zwischen 81 für Mecklenburg-Vorpommern und 86 für Sachsen aus [vgl. EUROSTAT-PRESSESTELLE (2011)]. Unter Berücksichtigung der Transferrückgänge würde es zu einem Rückgang in den Indexwerten um etwa 2 Indexpunkte kommen. Die

Abbildung 6: Auswirkungen veränderter Transferleistungen auf die ostdeutsche Dienstleistungsproduktion 2010 bis 2020 als prozentuale Abweichungen zum Basisszenario



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts und der GEFRA.

Indizes für die ostdeutschen Bundesländer lägen dann zwischen 79 für Mecklenburg-Vorpommern und 84 für Sachsen und damit auch weiterhin über demjenigen Grenzwert, der Regionen als „Konvergenz“-Fördergebiete der Europäischen Union identifiziert. Somit würden die ostdeutschen Bundesländer auch bei einer Berücksichtigung der ökonomischen Wirkung der reduzierten Transferleistungen aus der bisherigen Höchstförderung herausfallen. Im Ergebnis ist die Gefahr, dass es durch die Absenkung der Transfers zu einem so starken Rückschlag kommen könnte, dass die voraussichtlichen Förderentscheidungen der EU sich als falsch herausstellen, somit als gering einzuschätzen.

Literatur

- BLUM, U.; RAGNITZ, J.; FREYE, S.; SCHARFE, S. und L. SCHNEIDER (2009): Regionalisierung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen – Eine Untersuchung am Beispiel der neuen Länder. IWH Sonderheft 4/2009, Halle.
- BRADLEY, J.; MORGENROTH, E. und G. UNTIEDT (2001): Analysis of the Macroeconomic Impact of the CSF on the Economy of East Germany. ifo Dresden Studien Nr. 30, München/Dresden.
- BRADLEY, J. und G. UNTIEDT (2008): The COHESION System of HERMIN country and regional models: Description and operating manual – Version 3, Münster.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.) (2010): Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014. Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 17/2501, Berlin.
- EUROSTAT-PRESSESTELLE (Hrsg.) (2011): Regionales BIP je Einwohner im Jahr 2008. Eurostat-Pressemitteilung Nr. 28/2011, 24. Februar 2011.
- KLOSS, M.; LEHMANN, R.; RAGNITZ, J. und G. UNTIEDT (2012): Auswirkungen veränderter Transferzahlungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Länder. ifo Dresden Studien Nr. 63, im Erscheinen.

¹ Mit Pol-BEZ sind die Sonderbedarfsergänzungszuweisungen gemeint, welche den Ländern mit überdurchschnittlich hohen Kosten für die politische Führung gewährt werden.

² Es erscheint plausibel anzunehmen, dass Ausgaben für die Infrastruktur von der Größenordnung her andere Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region ausüben als Subventionen für Investitionen im Unternehmenssektor.

³ Eine ausführliche Darstellung des HERMIN-Modells für die ostdeutschen Bundesländer findet sich in BRADLEY und UNTIEDT (2008). Detaillierte Ausführungen hinsichtlich der Wirkungskanäle sowie theoretische Grundlagen der Förderung finden sich in BRADLEY et al. (2001).

⁴ Käme es zu einer verstärkten Abwanderung (wovon angesichts der geringen Stärke des dämpfenden Impulses nicht auszugehen ist), würde der Effekt sogar noch geringer ausfallen.

Im Blickpunkt: Aktualisierte Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen – Gute Konjunktur bremst Einnahmerückgang

Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater*

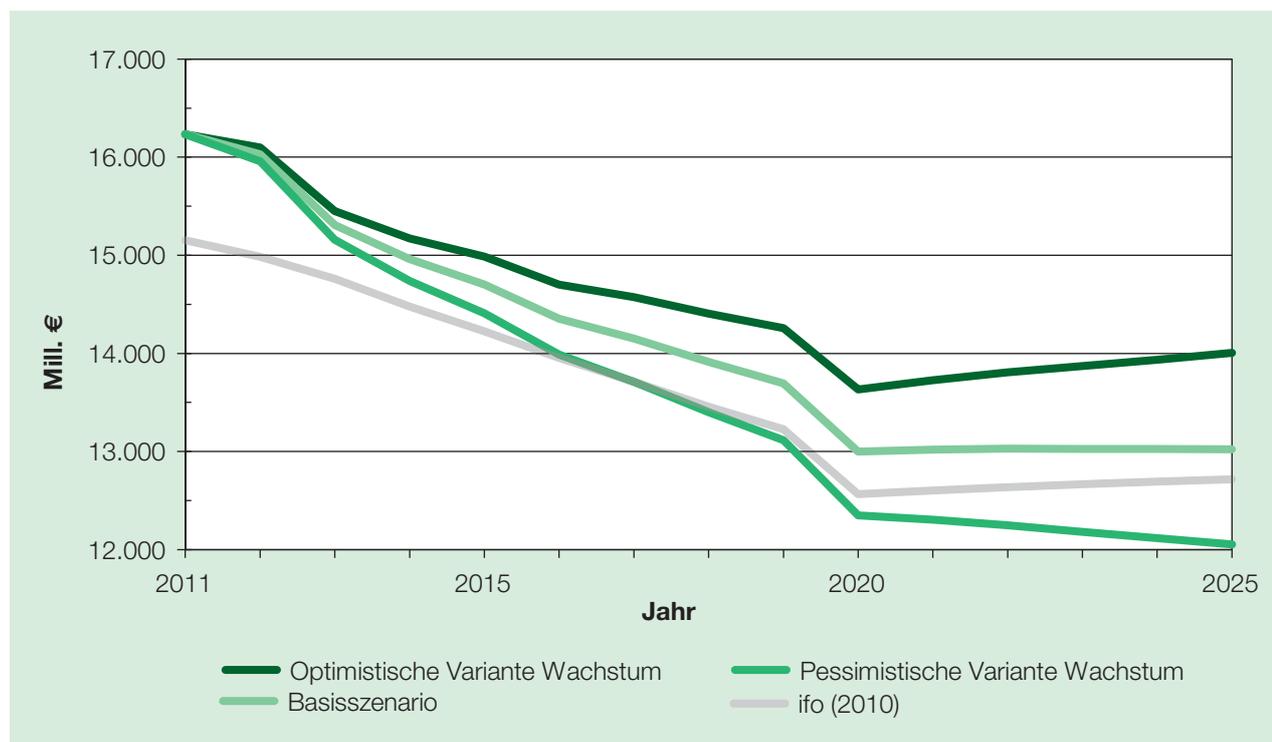
Die gute konjunkturelle Entwicklung der Jahre 2010 und 2011 hatte auch positive Auswirkungen auf die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Im Zuge gesteigerter Steuereinnahmen verzeichneten sowohl die Bundesrepublik als auch der Freistaat Sachsen deutlich höhere Einnahmen als in den Krisenjahren. Die Ergebnisse der aktuellen November-Steuerschätzung stützen diesen Trend [vgl. ARBEITSKREIS STEUERSCHÄTZUNG (2011)]. Allerdings müssen trotz der höheren gegenwärtigen Einnahmen nach wie vor perspektivisch sinkende Einnahmen erwartet werden. Die Haushaltspolitik bleibt somit in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen gestellt. Vor diesem Hintergrund aktualisiert das ifo INSTITUT im halbjährlichen Turnus eine Fortschreibung der Landeseinnahmen des Freistaats Sachsen bis zum Jahr 2025, um aktuelle ökonomische Entwicklungen für die langfristige Entwicklung der Einnahmen berücksichtigen zu können. Abbildung 1 stellt die Ergebnisse der aktuellen Projektion graphisch dar.

Die Abbildung stellt die Entwicklung der Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) bis zum Jahr 2025 dar. Als Basisszenario wird dabei die Fortschreibung mit dem von uns ermittelten, langfristigen Wachstumspotenzial des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bezeichnet. Das optimistische (pessimistische) Szenario geht von einem 0,5% höheren (niedrigeren) jährlichen Wachstum des BIP aus. Zum Vergleich wurden ebenfalls die Ergebnisse der Vorjahresprognose in der Abbildung dargestellt [STEINBRECHER UND THATER (2010)].

Ausgehend von der aktuellen Prognose der Landeseinnahmen in Höhe von 16,2 Mrd. € für das Jahr 2011, führt das geringe Wirtschaftswachstum für die kommenden Jahre zu langsam steigenden Steuereinnahmen. Im gleichen Zeitraum macht sich jedoch der

* Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater sind Doktoranden an der Dresdner Niederlassung des ifo Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Abbildung 1: Einnahmeentwicklung im Freistaat Sachsen bis zum Jahr 2025 (reale Werte)



Quelle: Berechnung des ifo Instituts.

Rückgang anderer Einnahmepositionen, insbesondere der ostspezifischen Leistungen, deutlich bemerkbar. Trotz der positiven konjunkturellen Lage der vergangenen beiden Jahre dominieren diese Einnahmerückgänge in den kommenden Jahren deutlich. Bis zum Jahr 2019, in dem die Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Finanzausgleichsgesetz (FAG) sowie die Zahlungen im Rahmen des Korb II auslaufen, sinken die Gesamteinnahmen des Freistaates Sachsen in heutigen Preisen auf rd. 13 Mrd. €. In den Folgejahren bleibt das Volumen der Gesamteinnahmen real nahezu unverändert. Die sächsischen Gesamteinnahmen liegen im Jahr 2025 somit rd. 3,2 Mrd. € unter den Einnahmen des Jahres 2011.

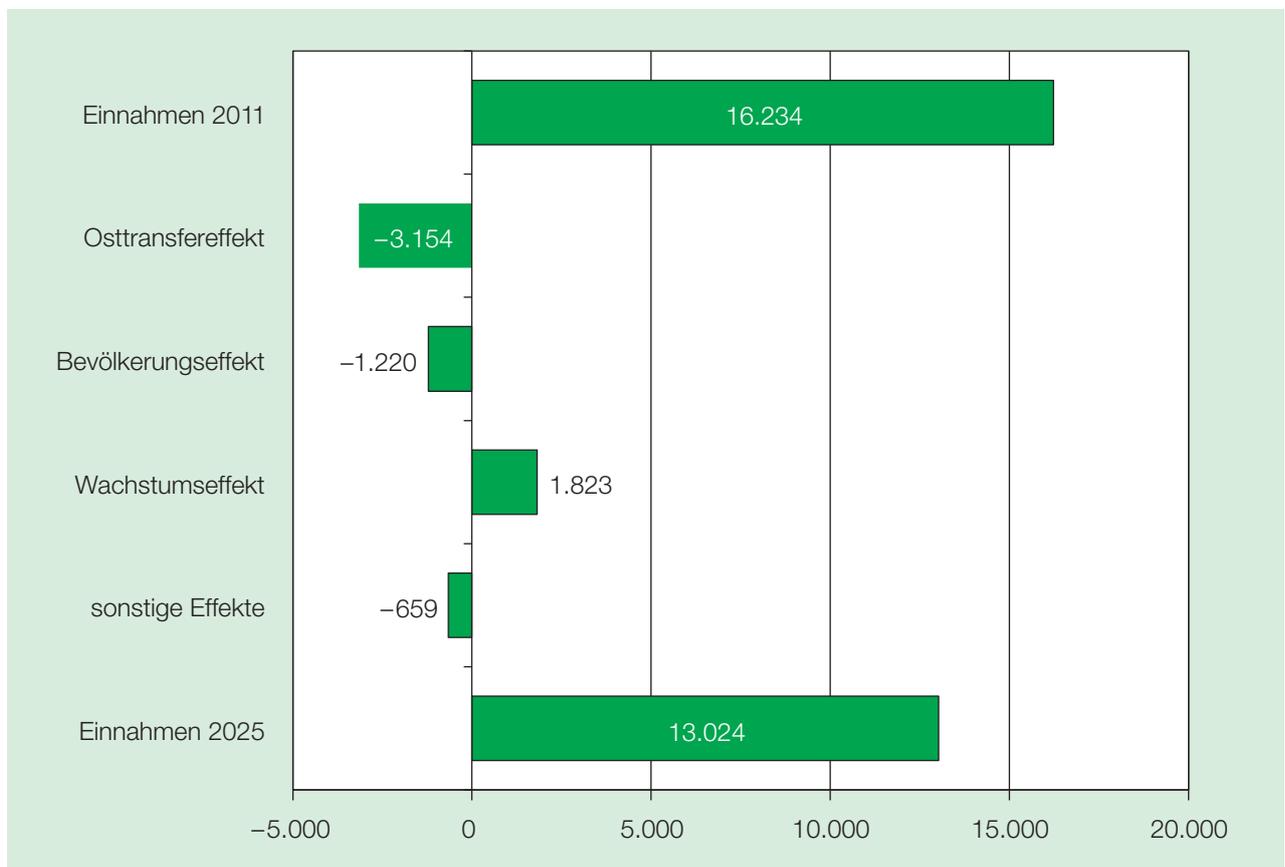
Diese Entwicklung wird auch anhand der zentralen Einnahmeeffekte deutlich. Diese sind für die realen Einnahmen im Basisszenario in Abbildung 2 dargestellt.

Es wird deutlich, dass der Osttransfereffekt den größten Anteil an dem Einnahmerückgang hat. Dieser Effekt kommt durch die im FAG festgelegte Degression der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) sowie der zu erwartenden Rückgänge anderer ostspezifischer Mittel (z. B. Zahlungen im Rahmen des Korb II) zum Tragen. Das Volumen des Osttransfereffekts

von über 3 Mrd. € macht deutlich, wie wichtig eine frühzeitige Anpassung auf der Ausgabenseite des Landeshaushalts ist. Allein durch die Degression der SoBEZ – diese sieht einen Rückgang der Zuweisungen von rund 200 Mill. € pro Jahr bis 2019 vor – sinken die Landeseinnahmen spürbar.

Ein weiterer zentraler Effekt, der zu einem Rückgang der Einnahmen führt, ist der zu erwartende Bevölkerungsrückgang. Durch die weitgehende Nivellierung der Pro-Kopf-Einnahmen im Länderfinanzausgleich hat der Rückgang der Bevölkerung einen direkten Einfluss auf die Entwicklung der Landeseinnahmen. Auf Grundlage der aktuellen Bevölkerungsprognosen – und unter der Annahme, dass das bestehende Ausgleichssystem auch über das Jahr 2019 hinaus unverändert bleibt – wird der Einwohnerrückgang bis zum Jahr 2025 zu rund 1,2 Mrd. € niedrigeren Landeseinnahmen führen. Darüber hinaus sorgt die reale Entwertung der Einnahmen, insbesondere nominal fixierter Zahlungen, für einen Rückgang der realen Einnahmen. Diese Entwertung wird durch den sonstigen Effekt beschrieben, der ebenfalls rund 650 Mill. € geringere Einnahmen im Jahr 2025 zur Folge hat.

Abbildung 2: Zentrale Einflüsse auf die Einnahmeentwicklung (reale Werte im Basisszenario)



Quelle: Berechnung des ifo Instituts.

Den sinkenden Einnahmen wirkt einzig der Wachstumseffekt entgegen. Dieser sorgt durch ein wachsendes gesamtdeutsches BIP für steigende Steuereinnahmen. Bis zum Jahr 2025 beläuft sich dieser Effekt nach gegenwärtigen Prognosen auf rd. 1,8 Mrd. €.

Im Endeffekt können jedoch weder die gegenwärtig hohen Steuereinnahmen noch die Einnahmeeffekte aus dem Wirtschaftswachstum die Degression der ostspezifischen Leistungen und die Effekte einer sinkenden Bevölkerung ausgleichen. Auch im positiven Wachstumszenario muss von einem deutlichen Einnahmerückgang bis zum Jahr 2025 ausgegangen werden. Vor diesem Hintergrund bleibt eine vorausschauende Haushaltspolitik auch für die kommenden Jahre von essenzieller Bedeutung.

Quellen

- ARBEITSKREIS STEUERSCHÄTZUNG (Hrsg.) (2011): Ergebnisse des Arbeitskreis Steuerschätzung, http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_2144/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Steuern/Steuerschaetzung_einnahmen/Ergebnis_der_Steuerschaetzung/node.html?__nnn=true.
- FINANZAUSGLEICHSGESETZ: „Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern“, http://www.gesetze-im-internet.de/finausglg_2005/index.html#BJNR395600001BJNE001105140.
- STEINBRECHER, J. und C. THATER (2010): Aktualisierung der Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen bis zum Jahr 2025: Krise wirkt nach, ifo Dresden berichtet 17 (05), 2010, S. 31–32.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2011¹

Wolfgang Nierhaus*

Das preisbereinigte **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) in Sachsen ist im dritten Vierteljahr 2011 um rund 3½ % gestiegen, nach 3,8 % im Durchschnitt der ersten beiden Quartale. Konjunkturelles Zugpferd war erneut das **Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe)**. Schwächer entwickelte sich die Bruttowertschöpfung in den **Dienstleistungsbereichen** und im **Baugewerbe**. Die Trend-Konjunktur-Komponente des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts zeigt weiterhin nach oben (vgl. Abb. 1).

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. tätig.

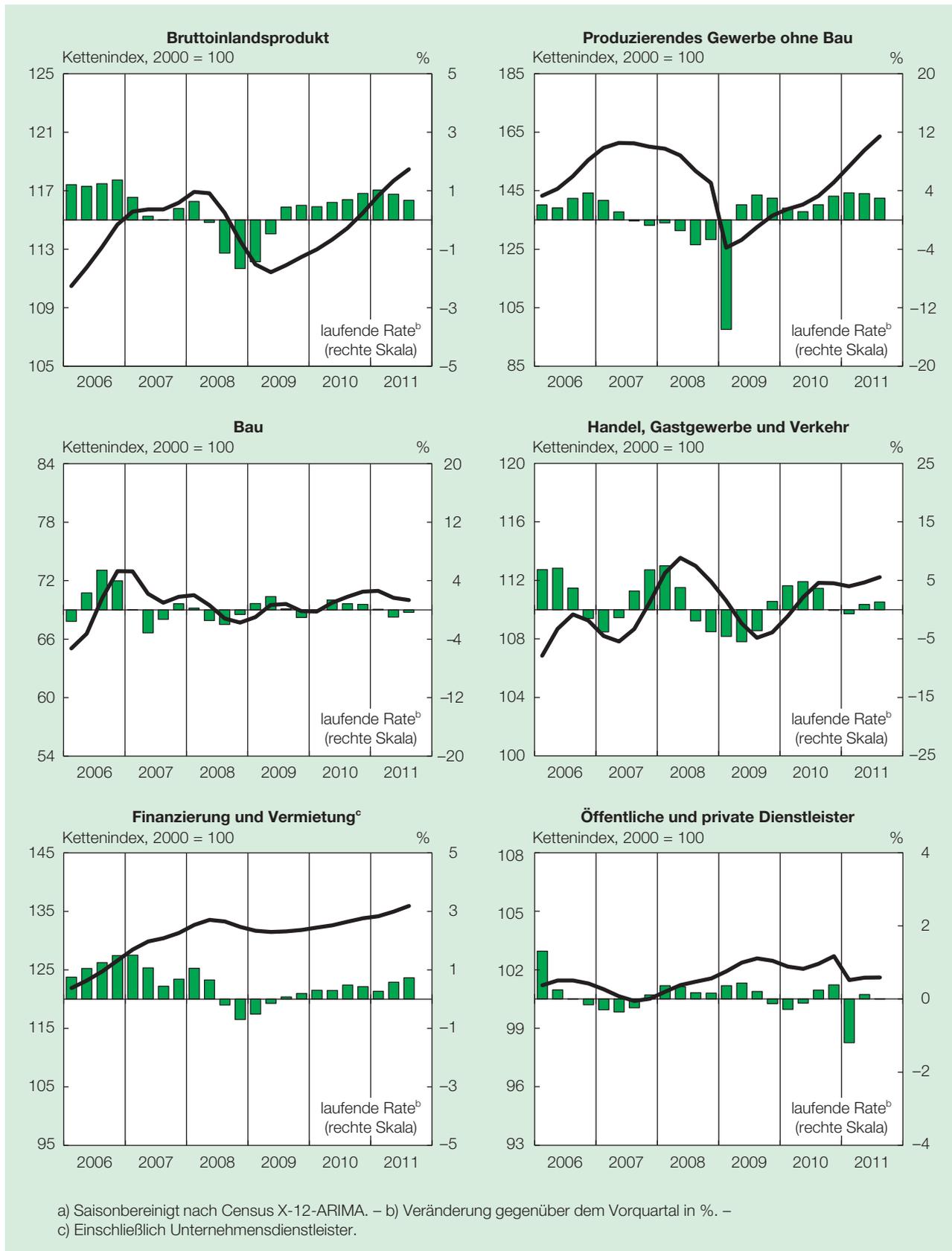
¹ Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER am 28. September 2011 veröffentlichten Ergebnisse der BIP-Halbjahresrechnung. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Aufgrund der derzeitigen Revisionsarbeiten in den regionalen VGR (Umstellung auf die WZ 2008) sind die aktuellen Vierteljahresergebnisse, die noch nach der Vorgängerversion WZ 2003 ausgewiesen werden, mit erhöhter Schätzunsicherheit behaftet. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q3/2011 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. NIERHAUS, 'Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation', in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen, preisbereinigte Vierteljahresergebnisse

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzgl. Subventionen	Bruttowertschöpfung insgesamt	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %									
1 2009	-5,2	0,2	-5,8	4,7	-20,5	-5,6	-2,7	-1,3	1,0
2 2009	-4,8	2,2	-5,6	9,5	-20,6	0,6	-3,8	-1,5	1,2
3 2009	-2,8	1,8	-3,3	8,2	-12,4	2,2	-4,7	-1,1	1,2
4 2009	-1,0	2,5	-1,4	9,2	-6,5	1,7	-1,6	-0,6	1,0
1 2010	0,7	-1,4	0,9	-4,8	7,1	-11,4	-1,3	0,8	0,3
2 2010	2,1	-0,6	2,5	-2,2	10,7	0,6	1,6	0,6	-0,5
3 2010	2,2	-0,3	2,5	-0,7	7,1	0,9	4,0	1,4	-0,2
4 2010	2,5	-1,5	3,0	1,5	8,3	2,5	2,8	1,8	0,2
1 2011	4,3	6,7	4,0	1,3	13,1	21,7	0,8	0,9	-0,7
2 2011	3,3	3,2	3,4	3,9	12,0	0,1	1,2	1,9	-0,3
3 2011	3,6	1,7	3,8	6,5	15,9	-0,7	0,1	2,0	-0,7

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a

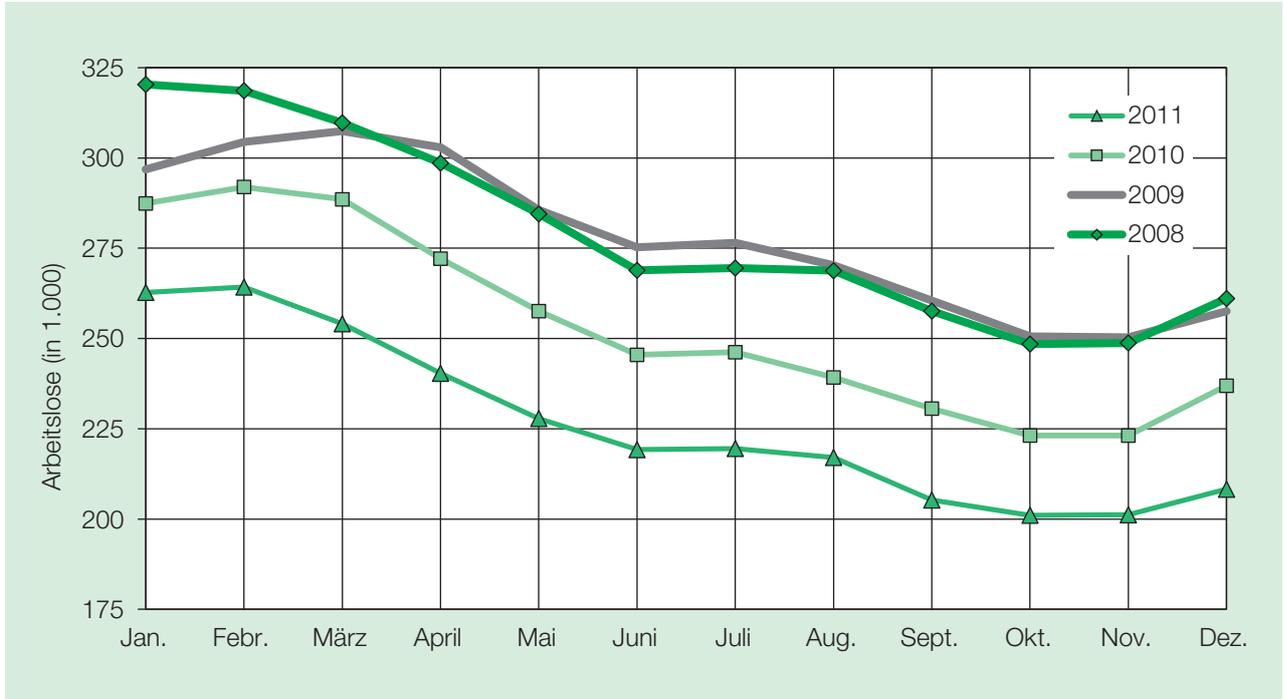


Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

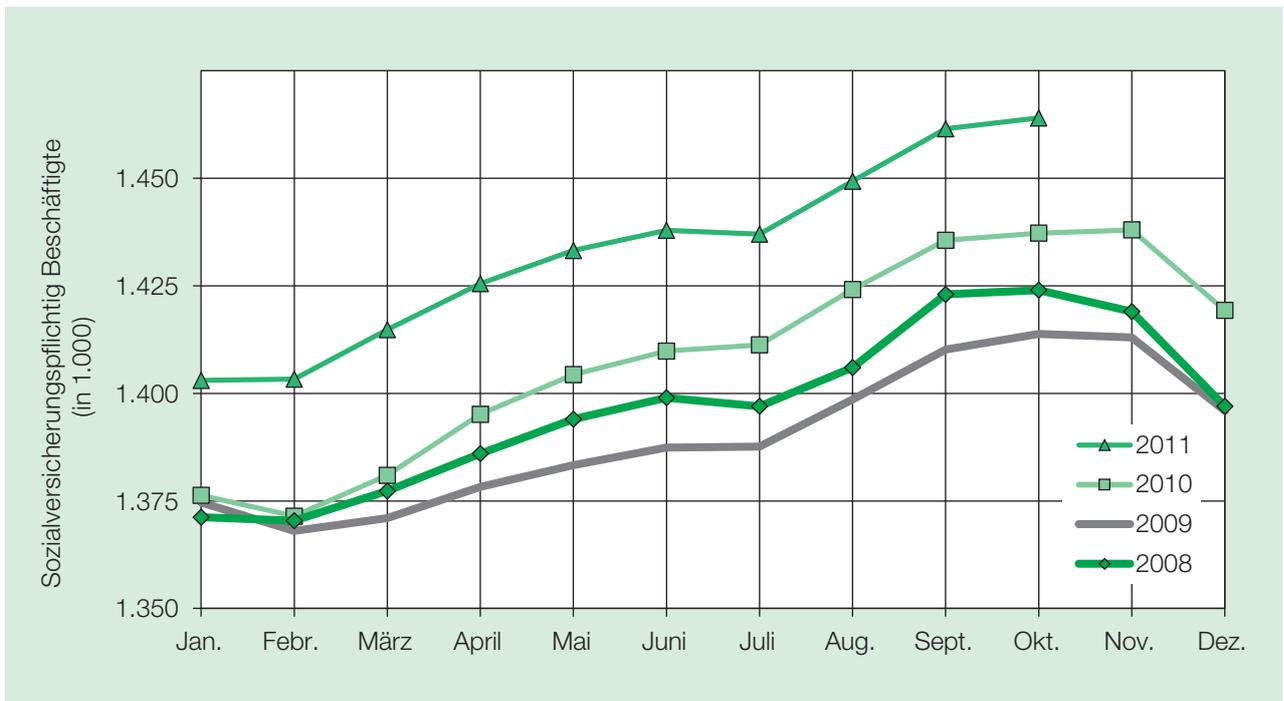
sta

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2008 bis 2011)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2008 bis 2011)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			Offene Stellen ^b			Beschäftigungsbegleitende Leistungen ^c		
	Okt. 2011	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2011	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2011	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	777	776	765	10,0	10,1	7,7	12,8	13,3	15,8
Mecklenburg-Vorp.	534	536	529	7,9	8,0	6,1	8,8	8,9	10,0
Sachsen	1.464	1.462	1.437	17,7	19,5	15,2	25,4	25,7	29,6
Sachsen-Anhalt	772	770	765	10,3	10,9	8,6	13,9	14,4	17,4
Thüringen	765	766	755	13,5	12,0	11,0	11,9	12,3	14,7
D Ost (mit Berlin)	5.495	5.488	5.400	76,6	81,2	59,8	89,6	91,8	106,4
D West (ohne Berlin)	23.520	23.484	23.896	389,9	410,5	320,0	192,9	197,8	229,8
D gesamt	29.015	28.973	28.296	466,6	491,7	379,8	282,5	289,6	336,2

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Dez. 2011	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2011	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2011	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	136	131	141	10,2	9,8	10,5	34,9	35,0	31,6
Mecklenburg-Vorp.	105	99	110	12,2	11,6	12,7	29,8	30,4	23,6
Sachsen	208	201	236	9,8	9,4	11,1	36,9	37,3	35,4
Sachsen-Anhalt	135	129	135	11,3	10,8	11,2	34,1	34,8	34,4
Thüringen	96	92	106	8,2	7,8	8,9	33,2	33,7	30,7
D Ost (mit Berlin)	893	862	947	10,6	10,2	11,2	33,8	34,3	32,1
D West (ohne Berlin)	1.887	1.851	2.065	5,6	5,5	6,1	34,2	35,0	32,3
D gesamt	2.780	2.713	3.011	6,6	6,4	7,1	34,0	34,8	32,2

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine vollständigen Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Merkliche Abkühlung des ifo Geschäftsklimas zu Jahresbeginn 2012

Robert Lehmann*

ifo Geschäftsklima Sachsen im Vergleich

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im Januar zum dritten Mal nacheinander gestiegen. Entgegen der gesamtdeutschen Entwicklung sind die Klimaindikatoren für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt und Sachsen hingegen merklich gefallen (vgl. Abb. 1). Ausschlaggebend für die Eintrübung des sächsischen Geschäftsklimas sind die Meldungen der Unternehmen hinsichtlich ihrer derzeitigen Geschäftslage. Mit dieser sind die Befragungsteilnehmer erheblich weniger zufrieden als im Vormonat. Zudem blicken die sächsischen Firmen ihrem zukünftigen Geschäftsverlauf per saldo abermals etwas pessimistischer entgegen.

Beschäftigungsbarometer Sachsen

Das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens hat im Januar erneut etwas nachgegeben (vgl. Abb. 2). Während sich die Beschäftigungserwartungen der sächsischen Baufirmen sowie Großhändler aufhellten, sind die Personalpläne der Industriefirmen und Einzelhändler Sachsens weniger optimistisch als im Dezember.

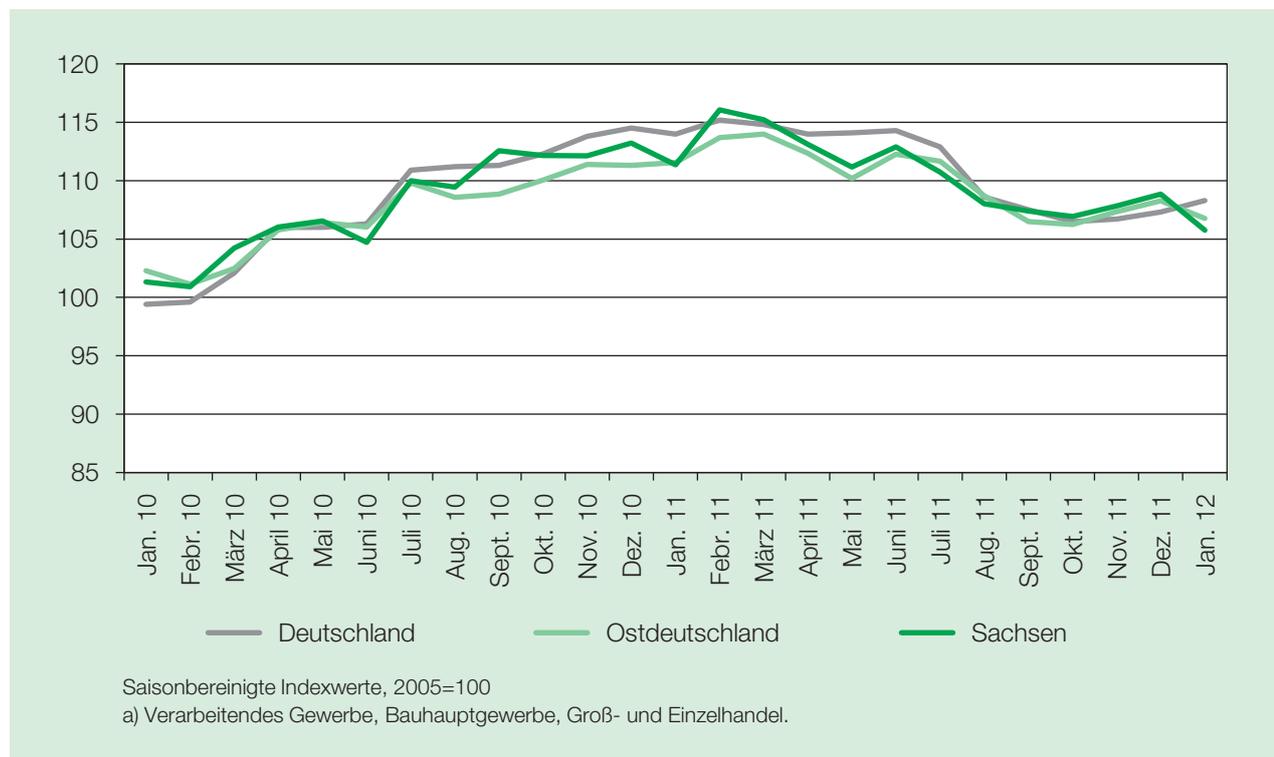
Schwerpunkt: Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens

Im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima zu Jahresbeginn deutlich abgekühlt (vgl. Abb. 3). Den Meldungen der hiesigen Industriefirmen

zufolge hat sich die weiterhin sehr gute Geschäftslage im Januar gegenüber dem letzten Befragungsmonat verschlechtert. Auch hinsichtlich der Geschäftsentwicklung im nächsten halben Jahr ist erneut deutlich mehr Pessimismus beobachtbar. Insbesondere die Produzenten von Investitionsgütern erwarten per saldo einen ungünstigeren Verlauf ihrer zukünftigen Geschäfte. Die Exporteure unter den sächsischen Industrieunternehmen erwarten geringfügig schwächere Impulse aus dem Auslandsgeschäft im Vergleich zum Vormonat. Bei der um saisonale Einflüsse bereinigten durchschnittlichen Auslastung der Geräte und Maschinen ist mit 84,9 % keine Veränderung zum Herbst 2011 (Oktober: 85,0 %) feststellbar. Im Vorjahresvergleich ist die Kapazitätsauslastung sogar höher (Januar 2011: 84,0 %). Die durchschnittliche Auftragsreichweite liegt jedoch mit 3,1 Monaten auf einem niedrigeren Niveau als bei der letzten Befragung. Ihre Mitarbeiterzahl wollen die sächsischen Industriefirmen in der nahen Zukunft insgesamt nur noch geringfügig erhöhen. Die Angaben der Unternehmen, welche ihren Personalbestand verringern, wollen und diejenigen, welche von einer Zunahme berichten, gleichen sich in etwa aus.

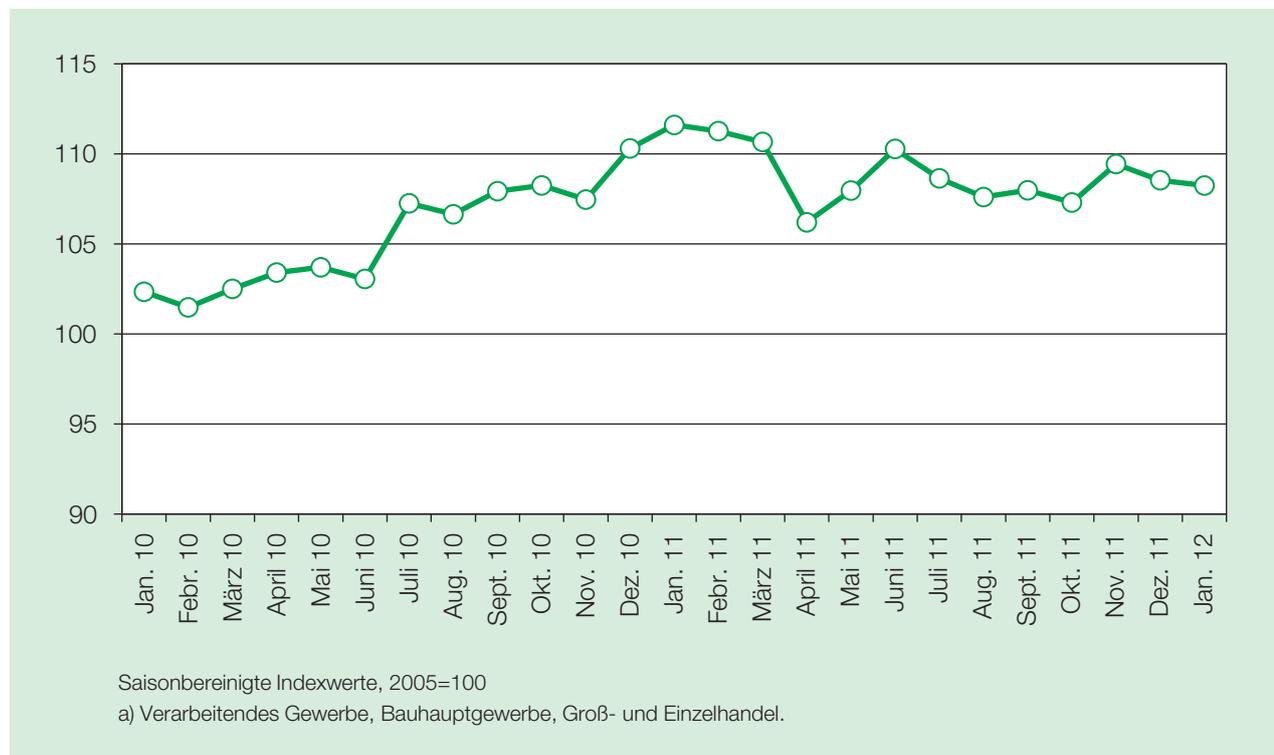
* Robert Lehmann ist Doktorand an der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Abbildung 1: Geschäftsklimaindex Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich



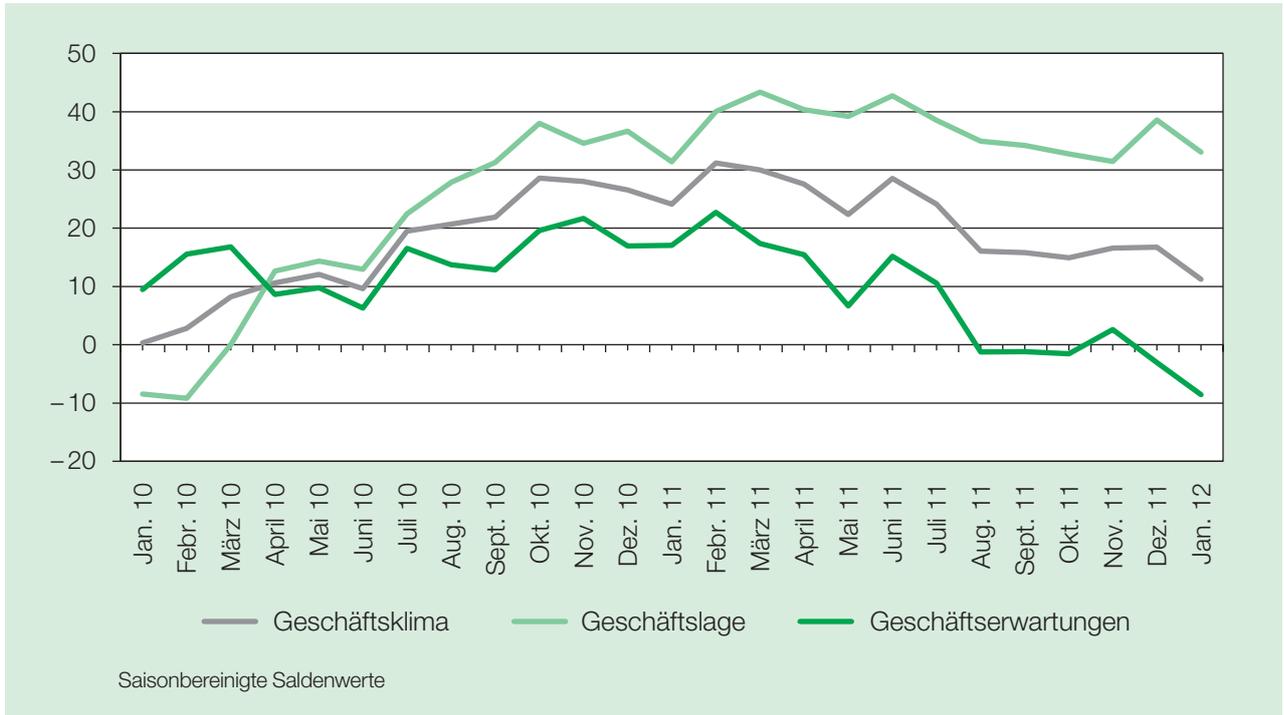
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 2: ifo Beschäftigungsbarometer für die Gewerbliche Wirtschaft^a Sachsens



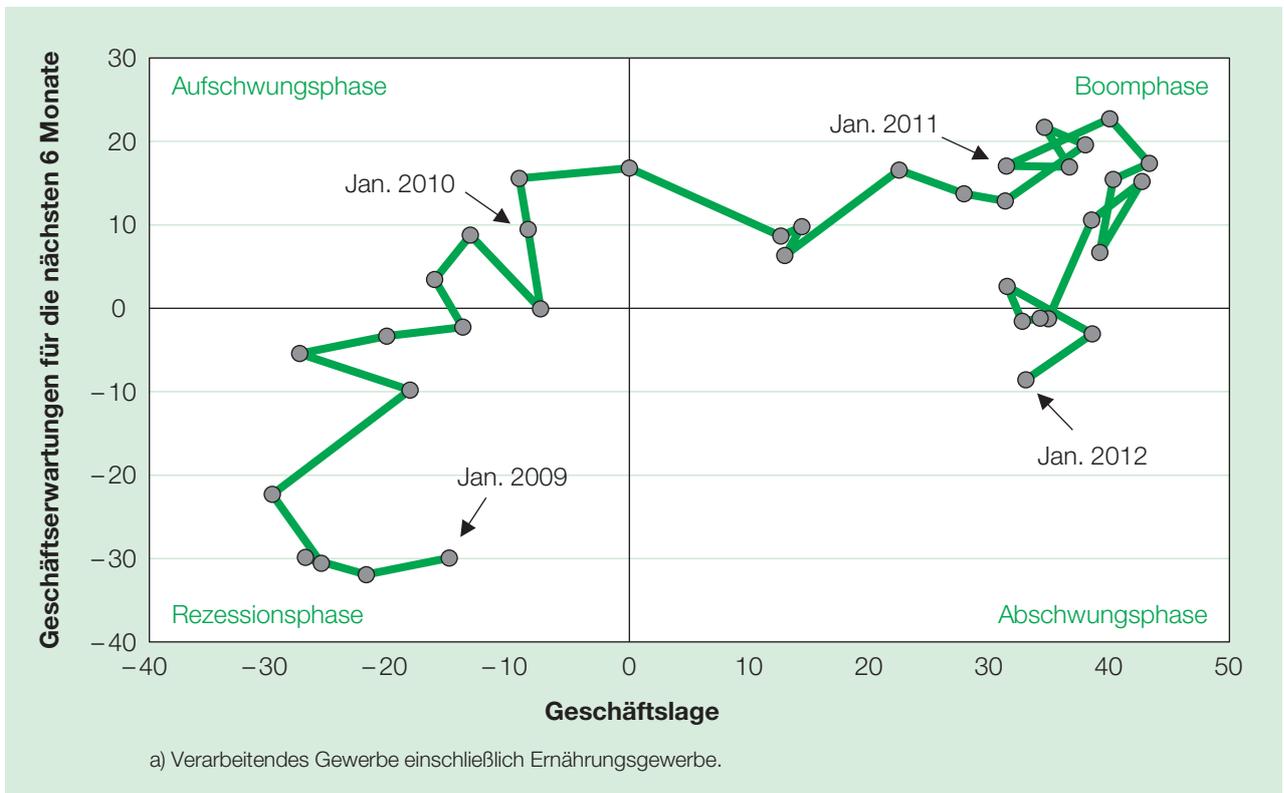
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 3: Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens und seine Komponenten die Geschäftslage und Geschäftserwartungssalden



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 4: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Sachsen



a) Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Ernährungsgewerbe.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

Tabelle 1: Entwicklung ausgewählter Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
Zeitpunkt	4. Quartal 2011	3. Quartal 2011	4. Quartal 2011	3. Quartal 2011	4. Quartal 2011	3. Quartal 2011
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,9	3,2	2,9	3,2	3,5	3,7
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	84,8	86,1	82,2	83,2	85,0	85,6
Exportgeschäft – Erwartungen ^b	3,9	6,8	3,3	5,7	3,1	2,1
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	3,6	7,6	0,4	3,4	3,6	8,6
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	6,6	10,4	6,2	7,0	3,1	3,1
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,7	2,7	2,4	2,6	2,5	2,7
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	72,9	73,4	75,3	76,1	74,7	76,1
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-0,4	-2,1	0,4	-6,7	1,0	-10,3
Baupreise – Erwartungen ^b	-14,5	-6,6	-15,5	-9,7	-13,9	-7,3
Großhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	23,0	22,0	23,7	11,0	4,7	5,0
Bestellpläne ^b	2,8	8,4	1,3	-3,1	-3,2	-2,1
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	24,6	24,5	32,8	32,6	21,1	21,8
Einzelhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	5,0	2,0	-0,3	-11,0	-5,7	-3,0
Bestellpläne ^b	-5,1	3,3	-16,0	-7,2	-12,3	-3,3
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	26,2	20,9	23,9	19,9	18,9	14,6
Anmerkung: Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr). a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Am **20. Dezember 2011** tagte der **Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen** in der Niederlassung Dresden. Im Rahmen der Veranstaltung berichtete Dr. Wolf-Dietmar Speich vom STATISTISCHEN LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN über die aktuelle Entwicklung der sächsischen Wirtschaft. Ergänzt wurde die Veranstaltung durch einen Beitrag von Uwe Sujata, Mitarbeiter beim IAB Sachsen, über die Entwicklung am sächsischen Arbeitsmarkt 2011. Des Weiteren referierte Gerald Seidel von der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT zum Thema Fachkräfteengpass in Sachsen. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung für die Jahre 2011 und 2012 vorgestellt. Dr. Wolfgang Nierhaus, wissenschaftlicher Mitarbeiter des IFO LEIBNIZ-INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG MÜNCHEN, erläuterte die aktuelle Deutschlandprognose des IFO INSTITUTS. Robert Lehmann, Mitarbeiter der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS, stellte die Konjunkturprognosen für Sachsen und Ostdeutschland für 2011/2012 vor. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises wird voraussichtlich im Juli 2012 stattfinden.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** spricht **Prof. Astrid Lorenz** vom Institut für Politikwissenschaft an der UNIVERSITÄT LEIPZIG am Mittwoch, den **22. Februar 2012** zum Thema „**Braucht Ostdeutschland noch eine politische Sonderbehandlung? Eine sozialwissenschaftliche Perspektive**“. Ostdeutschland ist im öffentlichen politisch-medialen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland kein Thema mehr, seit die „Ostalgie-Welle“ vorbei ist. Jenseits des 3. Oktober wird selten auf die neuen Länder als Gesamtregion verwiesen, die innere Einheit Deutschlands gilt als weitgehend erreicht, Sonderprogramme Ost laufen aus.

Gleichzeitig fand 21 Jahre nach der Einheit in Berlin erstmals ein Kongress der „Dritten Generation Ostdeutschland“ statt, 22 Jahre nach der Einheit wird in Leipzig der erste „Ostdeutsche Kämmerertag“ veranstaltet. Gibt es also doch (noch oder wieder) bestimmte ostdeutsche Spezifika, die eine politische Sonderbehandlung der Region notwendig machen? Dieser Frage geht der Vortrag nach, indem er aktuelle Bestandsaufnahmen zu verschiedenen Aspekten von Politik und Gesellschaft in den neuen Ländern gibt, die langfristigen Entwicklungstrends im Ost-West- und internationalen Vergleich resümiert und schließlich die Implikationen für die politische Entscheidungsfindung erörtert.

Die Vorträge sind öffentlich und finden im Seminarraum der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn ist um **18:30 Uhr**.

Am **09. und 10. März 2012** findet der 2. Workshop „**Arbeitsmarkt und Sozialpolitik**“ statt, den die Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS gemeinsam mit der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN veranstaltet. Der zweitägige Workshop soll ein Forum für aktuelle Forschungsergebnisse aus den Bereichen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung von Nachwuchsforschern in diesem Bereich beitragen. Den thematischen Schwerpunkt bilden dieses Jahr die Anforderungen, die sich aus einer Gesellschaft im Wandel ergeben (Familien- und Gesundheitspolitik, Arbeitsmobilität, Demographie etc.). Für die Leitung des Workshops konnte wiederum Prof. Dr. Alexander Kemnitz von der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN gewonnen werden.

Weiterführende Informationen zu diesem Workshop finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Vorträge

Am **07. Dezember 2011** besuchte eine Delegation von Bundeswehroffizieren der Flugabwehrraketengruppe 21 die Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS. Im Rahmen einer Offiziersweiterbildung hielt Robert Lehmann, Doktorand bei ifo Dresden, einen Vortrag zum Thema „Wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen seit der Wiedervereinigung“.

Prof. Dr. Joachim Ragnitz, Managing Director der ifo Niederlassung Dresden, war am **20. Januar 2012** Gast bei der Enquetekommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ des Brandenburgischen Landtags in Potsdam und stellte dort zusammen mit Karl Brenke (DIW Berlin) und Udo Ludwig (IW Halle) seine Forschungsergebnisse zu den „Schlüsselentscheidungen der Brandenburgischen Wirtschaftspolitik 1990–2010“ vor.

Gleichfalls am **20. Januar 2012** hielt Joachim Ragnitz anlässlich einer Klausurtagung der Enquetekommission „Strategien für eine zukunftsorientierte Technologie- und Innovationspolitik im Freistaat Sachsen“ des Sächsischen Landtags in Naunhof einen Vortrag zur Entwicklung innovationsrelevanter Rahmenbedingungen in Sachsen.

Am **26. Januar 2012** sprach Prof. Dr. Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, in Görlitz auf einer Veranstaltung der Wirtschaftsförderung Europastadt Görlitz/Zgorzelec über die „Krise in der Euroregion“.

Am **31. Januar 2012** informierte Joachim Ragnitz auf einer Veranstaltung in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden Mitarbeiter der CDU-Landtagsfraktion aus Sachsen über die Möglichkeiten einer Rentengleichung zwischen Ost- und Westdeutschland und politische Optionen zur Bekämpfung der Altersarmut in den neuen Ländern.

Am **08. Februar 2012** referierte Marcel Thum auf der Eckwerteklausur des sächsischen Kabinetts zu den langfristigen Risiken für die Landesfinanzen.

Ebenfalls am **08. Februar 2012** hielt Joachim Ragnitz anlässlich einer Klausurtagung des ZENTRALVERBANDES ELEKTRONIK- UND ELEKTROTECHNIK E.V. (ZVEI) in Meerane einen Vortrag zu den wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven in Sachsen und Thüringen.

ifo Veröffentlichungen

ifo Dresden Studie 62: Finanzierungserfordernisse des sächsischen Handwerks: gegenwärtige Situation, Perspektiven und wirtschaftspolitische Implikationen.

Joachim Ragnitz und Johannes Steinbrecher, 220 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2011. ISBN 978-3-88512-519-8, 20,- € zzgl. Versandkosten.

Das Handwerk ist mit seinen vielen kleinen und mittleren Betrieben ein Kernstück der deutschen Wirtschaft. Ein wirtschaftlich gesundes Handwerk ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region. Dazu bedarf es jedoch eines ausreichenden Zugangs zu Finanzierungsinstrumenten. Das Handwerk ist aufgrund seiner Unternehmens- und Branchenstruktur hierbei mit spezifischen Problemen konfrontiert. Die vorliegende Untersuchung liefert Einblicke in die gegenwärtige Finanzierungssituation der Handwerksbetriebe und diskutiert, inwiefern sich diese verbessern lässt.

Eine Unternehmensumfrage in zufällig ausgewählten sächsischen Handwerksbetrieben liefert Einblicke in das gegenwärtige Finanzierungsumfeld. Auf der Kapitalgeberseite wurden zusätzlich Vertreter der regionalen Kreditwirtschaft im Rahmen von Experteninterviews zur aktuellen Finanzierungssituation im Handwerk befragt.

Die Studie zeigt, dass das sächsische Handwerk die Krise bzw. deren Folgen sehr gut überstanden hat. Die Mehrzahl der Unternehmen vertraute dabei auf klassische Finanzierungsprodukte – z. B. Kontokorrentkredite – regional ansässiger Banken. Die Zufriedenheit der Unternehmen mit ihren Ansprechpartnern war überwiegend hoch, unabhängig ob sie Kunde einer Sparkasse, einer öffentlich-rechtlichen oder Privatbank waren. Ferner zeigte sich auch, dass die potenziellen Gefahrenfelder für die zukünftige Finanzierungssituation der Handwerksunternehmen bereits größtenteils durch die beteiligten Akteure erkannt und zahlreiche Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden.

ifo intern

Zum 31. Dezember 2011 hat **Beate Schirwitz**, Doktorandin an der ifo Niederlassung Dresden, unser Haus verlassen und eine Tätigkeit als Referentin im Sächsischen Staatsministerium für Finanzen aufgenommen. Das Team von ifo Dresden wünscht ihr an dieser Stelle noch einmal alles Gute für ihre berufliche Zukunft.

Finanzierungserfordernisse des sächsischen Handwerks: gegenwärtige Situation, Perspektiven und wirtschaftspolitische Handlungsanweisungen

*Joachim Ragnitz und
Johannes Steinbrecher*

ISBN 978-3-88512-519-8

240 Seiten,
Zahlreiche Abbildungen und Tabellen,
München/Dresden 2011.
20,- € zzgl. Versandkosten.

Das Handwerk ist mit seinen vielen kleinen und mittleren Betrieben ein Kernstück der deutschen Wirtschaft. Ein wirtschaftlich gesundes Handwerk ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region. Dazu bedarf es jedoch eines ausreichenden Zugangs zu Finanzierungsinstrumenten.

Das Handwerk ist aufgrund seiner Unternehmens- und Branchenstruktur hierbei mit spezifischen Problemen konfrontiert.

Die vorliegende Untersuchung liefert Einblicke in die gegenwärtige Finanzierungssituation der Handwerksbetriebe und diskutiert, inwiefern sich diese verbessern lässt.

Eine Unternehmensumfrage in zufällig ausgewählten sächsischen Handwerksbetrieben liefert Einblicke in das gegenwärtige Finanzierungsumfeld. Auf der Kapitalgeberseite wurden zusätzlich Vertreter der regionalen Kreditwirtschaft im Rahmen von Experteninterviews zur aktuellen Finanzierungssituation im Handwerk befragt.

Die Studie zeigt, dass das sächsische Handwerk die Krise bzw. deren Folgen sehr gut überstanden hat. Die Mehrzahl der Unternehmen vertraute dabei auf klassische Finanzierungsprodukte – z. B. Kontokorrentkredite – regional ansässiger Banken. Die Zufriedenheit der Unternehmen mit ihren Ansprechpartnern war überwiegend hoch, unabhängig ob sie Kunde einer Sparkasse, einer öffentlich-rechtlichen oder Privatbank waren. Ferner zeigte sich auch, dass die potenziellen Gefahrenfelder für die zukünftige Finanzierungssituation der Handwerksunternehmen bereits größtenteils durch die beteiligten Akteure erkannt und zahlreiche Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden.

